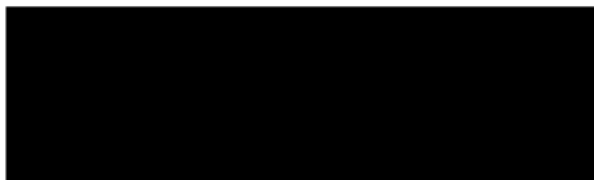

Politisches Engagement über die Amtszeit hinaus – Eine qualitative Untersuchung zur Wirkung der Mitgliedschaft im Solinger Jugendstadtrat

Bachelorarbeit zur Erlangung des akademischen Grades
Bachelor of Arts
im Studiengang Soziale Arbeit
an der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften
der Technischen Hochschule Köln

vorgelegt von: Sinja Jalila Waldmann
Matrikel-Nr.:
Adresse:



eingereicht bei: Prof. Dr. A. Thimmel
Zweitgutachterin: Dr. H. Becker

Solingen, 06.10.2025

Inhalt

1 Einleitung	1
2 Theoretischer Rahmen	2
2.1 Politisches Engagement, Partizipation und Jugendparlamente	2
2.2 Relevanz von Jugendpartizipation in der Sozialen Arbeit	3
2.3 Sozialisation und politische Bildung im Jugendalter	4
3 Jugendparlamente in Deutschland	5
3.1 Historische Entwicklung	5
3.2 Ziele und Funktionen	7
3.3 Strukturen und Arbeitsweisen	9
4 Der Solinger Jugendstadtrat	13
4.1 Entstehung und Struktur	13
4.2 Arbeitsweise und Themenbereiche	14
4.3 Unterstützende Institutionen und Rahmenbedingungen	15
5 Empirischer Teil: Erfahrungen ehemaliger und aktiver Mitglieder	17
5.1 Qualitative Erhebung: Experteninterviews	17
5.2 Methodische Grundlage: Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring	18
5.3 Darstellung der Ergebnisse	18
5.3.1 Motivation zur Mitwirkung	18
5.3.2 Erlernte Kompetenzen	20
5.3.3 Wahrgenommene Wirkung	21
5.3.4 Herausforderungen und Hürden	23
5.3.5 Unterstützende Strukturen	25
5.3.6 Emotionale Prägung	27
5.3.7 Weiteres Engagement	29
5.3.8 Perspektive auf den Jugendstadtrat heute	31
5.4 Diskussion der Ergebnisse	33
5.4.1 Motivation zur Mitwirkung	33
5.4.2 Erlernte Kompetenzen	34
5.4.3 Wahrgenommene Wirkung	35
5.4.4 Herausforderungen und Hürden	37
5.4.5 Unterstützende Strukturen	38
5.4.6 Emotionale Prägung	40
5.4.7 Weiteres Engagement	42
5.4.8 Perspektive auf den Jugendstadtrat heute	44
5.5 Zusammenfassung des empirischen Teils	45

6 Implikationen für die Soziale Arbeit und Handlungsempfehlungen.....	48
7 Fazit	50
Literaturverzeichnis.....	54
Anhang.....	58
Erklärung	59

1 Einleitung

In Zeiten wachsender Politikverdrossenheit und sinkender Wahlbeteiligung junger Menschen stellt sich die Frage, wie politische Bildung und Partizipation gezielt gefördert werden können. Gerade Jugendliche befinden sich in einer Lebensphase, in der Werthaltungen, politische Einstellungen und gesellschaftliches Engagement nachhaltig geprägt werden.¹ Vor diesem Hintergrund ist Jugendbeteiligung ein zentrales Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit. Ihr Auftrag ist es, junge Menschen zur aktiven Mitgestaltung ihrer Lebenswelt zu befähigen und ihnen konkrete Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen. Ein wesentliches Instrument dafür stellen Jugendparlamente dar. Sie ermöglichen es Jugendlichen, eigene Interessen einzubringen, demokratische Entscheidungsprozesse kennenzulernen und Erfahrungen in politischer Teilhabe zu sammeln. Gleichzeitig sind die Rahmenbedingungen in Deutschland sehr unterschiedlich: In manchen Kommunen sind Jugendparlamente fest in die Strukturen der Jugendhilfe integriert, beispielsweise durch die Anbindung an das Jugendamt. In anderen Städten übernehmen freie Träger die Begleitung, während es in wiederum anderen Kommunen gar keine institutionalisierten Jugendvertretungen gibt. Diese Unterschiede haben direkte Auswirkungen auf die Qualität, Reichweite und Nachhaltigkeit von Jugendbeteiligung. Damit wird deutlich: Politische Bildung und Partizipation sind nicht flächendeckend selbstverständlich, sondern häufig von den Prioritäten der jeweiligen Kommune abhängig. Für die Soziale Arbeit eröffnet sich hier ein wichtiges Handlungsfeld, in dem die Begleitung, Förderung und Verstetigung von Jugendparlamenten eine zentrale Rolle spielt. Zur Demokratiebildung gehört auch die Förderung politischen Engagements.² Um zu verhindern, dass dieses rückläufig wird, muss die Politisierung schon frühzeitig gestärkt und im Jugendalter aktiv gefördert werden. Welche Bedingungen dazu beitragen können, dass Jugendliche nicht nur kurzfristig partizipieren, sondern langfristig Interesse an gesellschaftlicher Teilhabe entwickeln, soll in dieser Arbeit untersucht werden.

Vor diesem Hintergrund ergibt sich die zentrale Fragestellung: Inwieweit stärkt die aktive Mitarbeit in einem Jugendparlament das Selbstbewusstsein, die politische Haltung und das langfristige Interesse an gesellschaftlicher Teilhabe? Ziel ist es, am Beispiel des Jugendstadtrates Solingen zu analysieren, welche Erfahrungen Jugendliche in einem solchen Beteiligungsgremium machen, wie diese ihre persönliche und politische Entwicklung beeinflussen und welche Faktoren nachhaltiges Engagement begünstigen oder hemmen.

¹ Vgl. Hurrelmann/Quenzel. (2016), S. 13.

² Vgl. Sturzenhecker, B. (2025), S. 106

Die wissenschaftliche Forschung zu Jugendparlamenten ist bislang überschaubar. Während die Relevanz von Partizipation Jugendlicher und deren Bedeutung für politische Bildung im Jugendalter theoretisch breit diskutiert wird, fehlen empirische Studien zur nachhaltigen Wirkung solcher Beteiligungsangebote auf Selbstbewusstsein, politische Haltung und längerfristiges Engagement. Diese Arbeit knüpft daher an Ansätze der politischen Sozialisation sowie an die Diskussion um Partizipation als pädagogisches Prinzip der Sozialen Arbeit an.

Um die Erfahrungen und Wirkungen der Mitarbeit in einem Jugendparlament sichtbar zu machen, wird ein qualitatives Vorgehen gewählt. Grundlage bilden leitfadengestützte Experteninterviews mit aktuellen und ehemaligen Mitgliedern des Jugendstadtrates Solingen. Die Auswertung erfolgt nach der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring, um sowohl individuelle Erfahrungen als auch übergreifende Muster herauszuarbeiten. Damit lassen sich zentrale Einflussfaktoren und Wirkmechanismen identifizieren, die für die politische Sozialisation von Bedeutung sind.

Der Aufbau der Arbeit gliedert sich wie folgt: Kapitel 2 definiert zentrale Begriffe, geht auf die Relevanz von Jugendpartizipation in der Sozialen Arbeit ein und beleuchtet die Rolle von Sozialisation und politischer Bildung im Jugendalter. Kapitel 3 widmet sich Jugendparlamenten in Deutschland und stellt deren historische Entwicklung, Ziele, Funktionen, Strukturen und Arbeitsweisen dar. Kapitel 4 behandelt den Jugendstadtrat Solingen als Fallbeispiel mit Blick auf dessen Entstehung, Struktur, Arbeitsweise und unterstützende Rahmenbedingungen. Kapitel 5 bildet den empirischen Teil: Nach einer Darstellung der methodischen Grundlage und der qualitativen Erhebung folgen die Ergebnisse sowie deren Diskussion. Es wird einzeln auf die Motivation zur Mitwirkung, die erlernten Kompetenzen, Herausforderungen und Hürden, die unterstützenden Strukturen, die emotionale Prägung und das Engagement über den Jugendstadtrat hinaus sowie auf die Perspektive des Solinger Jugendstadtrats eingegangen. Kapitel 6 formuliert auf dieser Basis Implikationen für die Soziale Arbeit und konkrete Handlungsempfehlungen. Kapitel 7 schließt mit dem Fazit, in dem die Forschungsfrage beantwortet und Perspektiven für weitere Forschung aufgezeigt werden.

2 Theoretischer Rahmen

2.1 Politisches Engagement, Partizipation und Jugendparlamente

Bevor die theoretischen Grundlagen dieser Arbeit dargestellt werden, ist es notwendig, zentrale Begriffe wie politisches Engagement, Partizipation und Jugendparlamente zu

definieren. Eine präzise Begriffsbestimmung schafft die Grundlage für ein einheitliches Verständnis und ermöglicht eine klare Abgrenzung im weiteren Verlauf der Arbeit.

Politisches Engagement bezeichnet die aktive Auseinandersetzung mit politischen Themen und Prozessen sowie die Bereitschaft, sich in das gesellschaftliche Geschehen einzubringen. Es umfasst dabei sowohl institutionalisierte Formen – wie die Mitarbeit in Parteien oder politischen Organisationen – als auch zivilgesellschaftliche Aktivitäten und ehrenamtliches Engagement. Im Kontext der Kinder- und Jugendarbeit gewinnt insbesondere das frühe politische Engagement an Bedeutung, da es eng mit der Entwicklung eines politischen Selbstverständnisses und der Herausbildung demokratischer Werte verknüpft ist.³

Partizipation beschreibt die Mitwirkung und Mitbestimmung von Menschen an Entscheidungsprozessen, die sie betreffen – sei es im sozialen, politischen oder institutionellen Raum. Im Kontext der Sozialen Arbeit steht Partizipation für das Ziel, Menschen zur aktiven Gestaltung ihrer Lebenswelt zu befähigen. Jugendpartizipation umfasst dabei alle Formen der aktiven Beteiligung junger Menschen an gesellschaftlichen, politischen oder organisationalen Prozessen. Sie kann projektbezogen oder institutionell organisiert sein zum Beispiel in Form von Jugendräten, Jugendforen oder Jugendparlamenten.⁴

Jugendparlamente stellen eine spezifische Form strukturierter Partizipation dar. Sie bieten jungen Menschen die Möglichkeit, in einem formalisierten Rahmen eigene Anliegen zu vertreten, politische Entscheidungsprozesse kennenzulernen und erste praktische Erfahrungen mit demokratischer Teilhabe zu sammeln. Die Studie „Qualitätsmerkmale starker Kinder- und Jugendparlamente“ des Deutschen Kinderhilfswerks (Roth, 2018) hebt sieben zentrale Bedingungen hervor, die für die Wirksamkeit solcher Formate entscheidend sind – darunter Transparenz, Verbindlichkeit, Partizipationsrechte, Unterstützungsstrukturen und Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit.⁵ Diese Merkmale bieten einen analytischen Bezugsrahmen zur Bewertung der Qualität und Wirkung eines Jugendparlaments und bilden eine wichtige Grundlage für die spätere empirische Analyse.

2.2 Relevanz von Jugendpartizipation in der Sozialen Arbeit

Die Förderung politischer Bildung und Partizipation ist ein zentrales Anliegen der offenen Kinder- und Jugendarbeit und damit fest im Selbstverständnis der Sozialen Arbeit

³ vgl. Sturzenhecker (2025). S. 107–108; Sturzenhecker (2020), S. 1263–1265

⁴ vgl. Thimmel, A./ Klöckner, L. (2025). S. 94-95.

⁵ vgl. Deutsches Kinderhilfswerk. (2018).

verankert. Insbesondere im Jugendalter – typischerweise zwischen 14 und 23 Jahren – durchlaufen junge Menschen bedeutsame Prozesse der Identitätsentwicklung, Selbstpositionierung und Meinungsbildung.⁶ In dieser Phase gewinnen politische Fragestellungen und gesellschaftliche Orientierungen an Relevanz. Niedrigschwellige Beteiligungsangebote wie Jugendparlamente ermöglichen es Jugendlichen, demokratische Prozesse zu erfahren, ihre Interessen zu artikulieren und politisches Handeln als wirksam zu erleben.⁷ Für die Soziale Arbeit eröffnet sich damit ein bedeutendes Handlungsfeld: Sie schafft durch die Unterstützung von Jugendbeteiligungsstrukturen Räume, in denen junge Menschen Selbstwirksamkeit, Verantwortung und Teilhabe erleben können. Besonders relevant ist dies für benachteiligte Jugendliche, denen im formalen Bildungssystem oder im familiären Umfeld häufig der Zugang an politischer Bildung und Beteiligung fehlt. Jugendparlamente können hier eine kompensatorische Funktion übernehmen, indem sie gezielt Beteiligung ermöglichen und politische Bildung erfahrbar machen.⁸

Zudem zeigen empirische Studien, dass ehrenamtliches Engagement – wie es in Jugendparlamenten häufig geleistet wird – positive Effekte auf die Persönlichkeitsentwicklung hat. Es stärkt das Selbstbewusstsein, das Verantwortungsgefühl sowie soziale und kommunikative Kompetenzen.⁹ Damit trägt Jugendpartizipation nicht nur zur politischen, sondern auch zur psychosozialen Entwicklung junger Menschen bei – ein zentrales Ziel der Sozialen Arbeit.

2.3 Sozialisation und politische Bildung im Jugendalter

Die politische Sozialisation bezeichnet den Prozess, durch den Individuen politische Einstellungen, Werte und Handlungsweisen erwerben. Dieser Prozess ist insbesondere im Jugendalter dynamisch und offen für neue Impulse. Politische Bildung als Bestandteil dieses Sozialisationsprozesses zielt darauf ab, demokratische Kompetenzen zu fördern und junge Menschen zur aktiven Mitgestaltung ihrer Gesellschaft zu befähigen.

Im Kontext der Sozialen Arbeit ist vor allem die non-formale politische Bildung von Bedeutung, wie sie in offenen und freiwilligen Settings wie Jugendzentren oder Beteiligungsformaten stattfindet. Die theoretische Grundlage dieser Arbeit stützt sich auf Konzepte wie die sozialpädagogische Demokratiebildung nach Sturzenhecker von 2017, die politische

⁶ Vgl. Hurrelmann/Quenzel. (2016), S. 19.

⁷ Vgl. Thimmel, A./Klöckner, L. (2021). S. 93 ff.

⁸ Vgl. ebenda.

⁹ Vgl. Deutscher Bundestag (2023).

Bildung als aktiven Lernprozess in realen Beteiligungssituationen begreift.¹⁰ Dabei steht nicht die Vermittlung von Fachwissen im Vordergrund, sondern die Aneignung von demokratischen Handlungskompetenzen durch Mitbestimmung und Gestaltungsmöglichkeiten.

Ergänzend hierzu betonen Thimmel und Krämer (2024) die Bedeutung kritischer politischer Jugendbildung, die auf Freiwilligkeit, thematische Offenheit und flexible Bildungssettings setzt.¹¹ Nur durch niederschwellige Angebote mit echtem Beteiligungspotenzial kann politische Bildung junge Menschen nachhaltig erreichen. Thimmel und Klöckner führen zudem 2021 das Konzept eines altersbezogenen „Sich-Einfädelns“ in zivilgesellschaftliche Engagementformen ein.¹² Dieses Modell beschreibt, wie Jugendliche in unterschiedlichen Lebensphasen sukzessive Verantwortung übernehmen und Bindung an politische Strukturen entwickeln können.

Aktuelle empirische Studien, wie die des Dachverbands Schweizer Jugendparlamente von 2024¹³ sowie die der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung 2025¹⁴, belegen, dass frühe Erfahrungen mit politischer Teilhabe, das Erleben von Wirksamkeit sowie unterstützende Netzwerke entscheidende Faktoren für ein dauerhaftes politisches Engagement sind. Gleichzeitig zeigen sie, dass Vertrauen in demokratische Institutionen sowie positive Erfahrungen mit Beteiligung ausschlaggebend dafür sind, ob junge Menschen aktiv bleiben oder sich zurückziehen. Diese Erkenntnisse verdeutlichen die Bedeutung strukturell verankerter Beteiligungsangebote wie Jugendparlamente für die politische Sozialisation und bilden die theoretische Basis für die in dieser Arbeit vorgenommene Analyse.

3 Jugendparlamente in Deutschland

3.1 Historische Entwicklung

Die Geschichte der Jugendparlamente in Deutschland reicht zurück bis in die 1960er-Jahre, als erste Versuche unternommen wurden, Jugendliche strukturell in kommunale Entscheidungsprozesse einzubinden. In dieser Phase – geprägt von Demokratisierungsbestrebungen und dem Erstarken einer kritisch-politischen Jugend – entstanden in mehreren deutschen Städten Beteiligungsgremien, die das Ziel verfolgten, Jugendliche in der

¹⁰ Sturzenhecker, B. (2017). S. 457 ff.

¹¹ Vgl. Thimmel, A./ Krämer, K. (2024). S. 362 ff.

¹² Vgl. Thimmel, A./ Klöckner, L. (2021).S. 94.

¹³ Vgl. Dachverband Schweizer Jugendparlamente (2024): *Engagement junger Menschen in der Schweiz – Ergebnisse einer Längsschnittstudie*. Bern.

¹⁴ Vgl. Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (2025).

Nachkriegszeit an demokratische Prozesse heranzuführen und gleichzeitig die entstehende Protestbewegung institutionell zu binden.¹⁵

Ein frühes und beispielgebendes Modell war das Wolfsburger Jugendparlament, das 1962 unter anderem vom Sozialpädagogen Walter E. Lellek initiiert wurde. Dieses Gremium gilt als „Pioniermodell bundesrepublikanischen Jugendparlamentarismus“¹⁶, da es strukturell organisiert war, über ein festes Mandat verfügte und öffentlich tagte – ein für die damalige Zeit außergewöhnliches Konzept. Trotz solcher Einzelinitiativen konnte sich das Konzept zunächst nicht flächendeckend durchsetzen. Erst in den 1980er Jahren erlebten Jugendvertretungen einen erneuten Aufschwung, insbesondere in Baden-Württemberg, wo 1985 im Ort Weingarten der erste Jugendgemeinderat gegründet wurde.¹⁷ Diese zweite Phase der Entwicklung war stärker institutionell begleitet und durch Landesförderprogramme unterstützt. Eine Gründungswelle folgte, getragen durch kommunale Jugendförderungen, politische Entscheidungsträger*innen und Fachkräfte der Sozialen Arbeit. Ein bedeutender Beitrag zur Verstetigung dieser Entwicklung war die Gründung eines landesweiten Dachverbandes, der Austauschformate, Qualitätsstandards und Sichtbarkeit für Jugendgemeinderäte schuf.¹⁸ Michael C. Herrmann spricht in diesem Zusammenhang von einer „strukturierenden Verstetigung partizipativer Jugendvertretung“¹⁹, die erstmals systematisch evaluiert wurde. Auch in anderen Bundesländern entstanden daraufhin ähnliche Formate – jedoch mit geringerer Dichte als in Baden-Württemberg.

Eine bundesweite Erhebung zur Jugendbeteiligung von Bruner aus dem Jahr 1999 bestätigt: „Jugendgemeinderäte sind insbesondere in Süddeutschland stark verbreitet, während in anderen Regionen häufig projektbezogene Formen der Jugendbeteiligung dominieren.“²⁰ Bis heute ist die Verbreitung von repräsentativen Kinder- und Jugendvertretungen (z. B. Jugendparlamente, Jugendräte) in Deutschland nicht flächendeckend. Laut einer Studie des Deutschen Kinderhilfswerks aus dem Jahr 2018 existierten zu diesem Zeitpunkt 520 Kinder- und Jugendparlamente – was nur ca. 5% aller 11.059 Kommunen in Deutschland entspricht.²¹ Dabei zeigt sich eine deutliche Korrelation zwischen Gemeindegröße und Wahrscheinlichkeit einer Jugendvertretung. So verfügen lediglich 0,6% der Gemeinden mit unter 5.000 Einwohnern über ein Jugendparlament. In Kleinstädten (5.000–20.000 Einwohner*innen) liegt der Anteil bei 8,8%, in kleinen Mittelstädten (20.000–50.000

¹⁵ Vgl. Buerstedde, Alexander (2019). S. 31.

¹⁶ Ebd., S. 42.

¹⁷ Vgl. Herrmann, M. C. (1996). S. 12.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 17.

¹⁹ Ebd., S. 21.

²⁰ Vgl. Bruner, C. F./Winkhofer, U./Zinser, C. (1999). S. 45.

²¹ Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk (2018). S. 11.

Einwohner*innen) bei 32,1%, und bei Großstädten mit über 100.000 Einwohner*innen sogar bei 68,2%.²² Dieses Ungleichgewicht verdeutlicht, dass Jugendbeteiligung in ländlichen Regionen nach wie vor strukturell benachteiligt ist. Die Autoren der Studie machen deutlich, dass trotz intensiver Recherche und telefonischer Verifizierung erhebliche Fluktuationen bestehen: „Nicht alle gemeldeten Gremien existieren tatsächlich noch, und es ist von einer Dunkelziffer nicht gemeldeter Gremien auszugehen.“²³ Trotzdem bleibt die angenommene Zahl von 520 repräsentativen Kinder- und Jugendvertretungen zum Zeitpunkt der Erhebung plausibel.²⁴ Obwohl sich Jugendparlamente als Beteiligungsform in Deutschland etabliert haben, ist ihre strukturelle und qualitative Ausgestaltung sehr heterogen. Unterschiede bestehen etwa in der Zusammensetzung (z. B. gewählte versus benannte Mitglieder), im Grad der Verbindlichkeit politischer Mitwirkung, in der Einbindung in kommunale Strukturen sowie in der professionellen Begleitung durch Fachkräfte der Sozialen Arbeit.²⁵

Die Entwicklung von Jugendparlamenten in Deutschland ist das Ergebnis mehrerer historischer Etappen, wobei besonders die institutionellen Unterstützungsstrukturen in Baden-Württemberg als Motor für nachhaltige Jugendbeteiligung gewirkt haben. Gleichzeitig zeigen aktuelle Erhebungen, dass ein flächendeckender Zugang zu politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten für Jugendliche weiterhin nicht gegeben ist – ein Umstand, der insbesondere für die Soziale Arbeit als Herausforderung gilt.

3.2 Ziele und Funktionen

Kinder- und Jugendparlamente (KiJuPa) stellen eine institutionalisierte und dauerhafte Form der kommunalen Jugendbeteiligung dar. Sie ermöglichen jungen Menschen, ihre Interessen kontinuierlich und strukturiert gegenüber Politik und Verwaltung zu vertreten. Mit einem bewusst breiten thematischen Mandat verfolgen sie das Ziel, gesicherte Zugänge zur Kommunalpolitik zu schaffen und die Beteiligung von Jugendlichen in allen sie betreffenden Politikfeldern zu verankern. „Sie haben den Auftrag und die institutionelle Legitimation, die vielfältigen Interessen von Kindern und Jugendlichen zu bündeln und dabei zwischen den unterschiedlichen und zuweilen divergierenden Interessen zu vermitteln“²⁶. Jugendparlamente zielen nicht auf punktuelle Partizipation ab, sondern auf die langfristige Mitgestaltung kommunaler Strukturen. Dabei bieten sie jungen Menschen nicht nur Einblick

²² Ebd., S. 12–13.

²³ Ebd., S. 11.

²⁴ Vgl. ebd., S. 11.

²⁵ Vgl. Roth, R./Wenzl, C. (2019). S. 7–9.

²⁶ Deutsches Kinderhilfswerk (2021). S. 11.

in demokratische Prozesse, sondern die Möglichkeit, diese aktiv zu erproben und mitzugestalten. Dies umfasst sowohl lokalpolitische Themen wie Infrastruktur oder Bildung als auch gesamtgesellschaftliche Fragestellungen wie Klimawandel, Demokratie oder Gleichstellung – sofern ein lokaler Bezug gegeben ist. Wichtig ist dabei, dass sich die politische Beteiligung junger Menschen nicht auf vorgegebene Themenbereiche beschränkt: „Ihre Interessenvertretung darf sich daher nicht auf bestimmte, von Erwachsenen festgelegte Bereiche beschränken“²⁷. Ein zentrales Anliegen ist zudem die Repräsentation möglichst vielfältiger Jugendlicher²⁸. Demokratische Legitimität erfordert eine breite Beteiligung, die verschiedene soziale Gruppen einschließt – etwa im Hinblick auf Geschlecht, Herkunft, Bildungsstand, Beeinträchtigung oder sexuelle Orientierung. „Starke KiJuPa machen eine möglichst breite und faire Repräsentation von Kindern und Jugendlichen vor Ort zu ihrer Gestaltungsaufgabe“²⁹. Um dies zu ermöglichen, entwickeln viele Parlamente spezifische Wahl- und Nominierungsverfahren, die eine formale Repräsentativität sicherstellen sollen.

Auch der Deutsche Bundesjugendring unterstreicht die Notwendigkeit niederschwelliger und vielfältiger Beteiligungswege. Ziel müsse es sein, „allen jungen Menschen zu ermöglichen, sich entsprechend der eigenen Interessen zu beteiligen und einzubringen – sei es über den jeweiligen Jugendverband oder -ring, über ein Jugendparlament oder andere Beteiligungsformen“³⁰. Besonders betont wird dabei die Flexibilität der Jugendverbandsarbeit, die unterschiedliche Beteiligungsniveaus zulässt: von punktuelltem Engagement über Projektarbeit bis hin zu Gremientätigkeit oder Vorstandsarbeit³¹.

Jugendparlamente übernehmen zudem eine beratende Funktion gegenüber kommunalen Gremien. Ihr Einfluss hängt jedoch stark davon ab, ob sie als legitime Vertretung der örtlichen Jugendkultur wahrgenommen werden. So heißt es: „Aus Sicht von Politik und Verwaltung haben KiJuPa eine beratende Funktion mit einem starken Mandat, besonders wenn sie die Breite der örtlichen Kinder- und Jugendszene abbilden“³². Dieses Mandat umfasst nicht nur fachliche Empfehlungen, sondern auch politische Positionierungen – auch zu kontroversen Themen. Gerade dies wird als wichtiger Bestandteil politischer Bildung betrachtet. Politische Differenzen und Konflikte sind dabei nicht zu vermeiden, sondern Ausdruck demokratischer Reife: „Kinder- und Jugendparlamente ermöglichen politische Lernprozesse gerade auch bei kontroversen Themen“³³. Damit Jugendparlamente ihre Funktionen

²⁷ Ebd., S. 12.

²⁸ Vgl. Strange, W., Roth R. (o.J.)

²⁹ Ebd., S. 11.

³⁰ Deutscher Bundesjugendring (o.J.).

³¹ Ebd.

³² Deutsches Kinderhilfswerk (2021), S. 13.

³³ Ebd., S. 15.

wirksam erfüllen können, benötigen sie eine belastbare Struktur und professionelle Begleitung. Fachkräfte aus der Jugendhilfe oder offenen Jugendarbeit sind unverzichtbar, um die Qualität der Prozesse sicherzustellen und die Jugendlichen in ihrem Engagement zu stärken. Das Deutsche Kinderhilfswerk betont hierzu: „Dieses Beteiligungsformat stellt wesentlich höhere Ansprüche an alle Beteiligten und benötigt deutlich mehr dauerhafte professionelle Unterstützung, um erfolgreich zu sein“³⁴.

Zentrale Ziele von Jugendparlamenten sind die strukturelle und nachhaltige Verankerung von Jugendbeteiligung in der Kommune, die Förderung demokratischer Handlungskompetenz, die Stärkung von Selbstwirksamkeit und politischer Bildung sowie die Ermöglichung vielfältiger, offener und inklusiver Beteiligung. Jugendparlamente sind damit nicht nur ein Instrument politischer Mitsprache, sondern auch ein Lern- und Entwicklungsraum, in dem junge Menschen Demokratie aktiv erleben und mitgestalten können.

3.3 Strukturen und Arbeitsweisen

Die Strukturen und Arbeitsweisen von Jugendparlamenten variieren stark. Die Studie *Starke Kinder- und Jugendparlamente* weist darauf hin, dass repräsentative Beteiligungsformate in der kommunalen Praxis „erheblich variieren“³⁵ und dass diese Vielfalt auch in Bundesländern besteht, die eine verpflichtende Kinder- und Jugendbeteiligung in ihren Kommunalverfassungen verankert haben. Die Autor*innen erklären die Unterschiede damit, dass keine allgemein geteilten Standards oder rechtlichen Vorgaben existieren; jede Kommune entwickelt ihre eigene Struktur.³⁶ Projektorientierte und offene Beteiligungsformen sind vielerorts verbreitet und haben zu hybriden Strukturen geführt, in denen repräsentative Elemente mit projektorientierter Arbeitsweise verbunden werden.³⁷ Auch die Schweizer Jupa-Studie betont diese Vielfalt. Jugendparlamente besitzen eigene Strukturen und Funktionsweisen, die stark von den finanziellen Ressourcen der Gemeinden und vom Engagement ihrer Mitglieder abhängen. Gleichzeitig stehen sie allen jungen Menschen offen und dienen als niederschwellige erste Erfahrung politischer Beteiligung.³⁸

Ein Kernbestandteil vieler Jugendparlamente sind regelmäßige Plenarsitzungen. Die Untersuchung des Deutschen Kinderhilfswerks zeigt, dass in der Mehrzahl monatliche

³⁴ Ebd., S. 11.

³⁵ Vgl. ebd. S. 16.

³⁶ Ebd., S. 23

³⁷ Ebd. S. 71.

³⁸ Vgl. Dachverband Schweizer Jugendparlamente (2024). *Jupa-Studie Schweiz*, Bern, S. 34f.

Sitzungen üblich sind und dass sich etwa 39% der Gremien neun bis zwölf Mal im Jahr (also monatlich) treffen. Weitere 22% tagen fünf bis acht Mal im Jahr, 19% drei bis vier Mal, 11% zweiwöchentlich oder häufiger, 4% zweimal im Jahr und 5% nur bei Bedarf.³⁹ Ein Viertel der Kinder- und Jugendparlamente kommt somit lediglich bis zu vier Mal im Jahr zusammen und hat weder Arbeitsgruppen noch informelle Treffen.⁴⁰ Ergänzend zu den Plenarsitzungen richten drei von vier Gremien themen- und projektbezogene Arbeitsgruppen ein und 74% nutzen informelle Treffen.⁴¹

Diese Mischung von formalen Jugendparlamenten und projektorientierten Gruppen findet sich auch in der Schweiz. Alle befragten Jugendparlamente besitzen einen Vorstand oder ein Präsidium, und die Mehrheit (73%) ist in Arbeitsgruppen oder Kommissionen organisiert. Das Präsidium trifft sich häufiger als das Gesamtplenum, und die Mitglieder werden alle paar Monate zu ihren Bedürfnissen befragt. Die interne Kommunikation erfolgt somit vor allem während der Sitzungen.⁴² Gleichzeitig wechseln die Vorstände häufig, weshalb die Studie empfiehlt, Tätigkeiten klar zu definieren oder zusätzliche engagierte Mitglieder zu gewinnen.⁴³ Trotz dieser organisatorischen Herausforderungen unterstreicht die Studie, dass Jugendparlamente eigenständige und inklusive Partizipationsformen sind und für alle jungen Menschen offenstehen.⁴⁴

In vielen deutschen Jugendparlamenten wird die Leitung aus den eigenen Reihen gewählt: 85% der Gremien wählen ihre Vorsitzenden oder Sprecher*innen selbst.⁴⁵ Knapp 70% unterhalten eine eigene Öffentlichkeitsarbeit und etwa 40% nutzen Online-Tools für die Kommunikation.⁴⁶ Obwohl sich mehr als die Hälfte der Gremien an den Arbeitsweisen der Kommunalparlamente orientieren, geben 92% der Befragten an, dass Projektarbeit eine zentrale Rolle spielt.⁴⁷ Nach Ansicht der Autor*innen hat sich somit ein "halb-offenes Parlament mit Projektbezug"⁴⁸ etabliert.

Die strukturelle Einbindung in die kommunale Politik variiert stark. Eine große Mehrheit der deutschen Jugendparlamente verfügt über Rederechte oder Antragsrechte in kommunalen Ausschüssen, während Stimmrechte selten sind. Laut Befragung besitzen 67% Rederecht in Ausschüssen, 52% Antragsrecht in Ausschüssen, 44% Antragsrecht im Gemeinderat und

³⁹ Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk (2021). S. 51.

⁴⁰ Ebd., S. 52.

⁴¹ Ebd., S. 53.

⁴² Vgl. Dachverband Schweizer Jugendparlamente (2024). S. 19.

⁴³ Ebd., S. 42.

⁴⁴ Ebd., S. 12.

⁴⁵ Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk (2021). S. 43.

⁴⁶ Ebd., S. 45.

⁴⁷ Ebd., S. 48.

⁴⁸ Ebd., S. 49.

43% Rederecht im Gemeinderat. Nur 8% haben Stimmrecht in Ausschüssen und 6% Stimmrecht nur in eigenen Angelegenheiten.⁴⁹ Jugendparlamente sind daher zumeist beratende Gremien. Ihre Wirksamkeit hängt wesentlich von der Bereitschaft der politischen Entscheidungsträger*innen ab, die eingebrachten Anliegen aufzugreifen.

Die baden-württembergische Handreichung *Jugendbeteiligung in der Kommune* beschreibt den Jugendgemeinderat als "auf die Dauer angelegte, durch die Wahl verbindliche Institution"⁵⁰ und betont, dass er Jugendlichen einen tiefen Einblick in das politische Geschäft gibt und sie mit demokratischen Abläufen vertraut macht. Gleichzeitig warnt sie vor Herausforderungen: Die feste Legislaturperiode und die begrenzte Zahl der Plätze führen zu einer hohen Verbindlichkeit und selektiven Beteiligung. Der Arbeitsaufwand kann manche Jugendliche überfordern. Um Konflikten vorzubeugen, empfiehlt der Leitfaden, dem Jugendparlament eine ausgebildete pädagogische Fachkraft zur Seite zu stellen und die Jugendlichen frühzeitig in die Konzeption der Gremien einzubeziehen.⁵¹

Das Arbeitsklima in deutschen Jugendparlamenten wird von den Betreuungspersonen sehr positiv eingeschätzt. Sie beschreiben es als freundschaftlich (98%), kooperativ (97%) und gleichberechtigt (95%).⁵² Eine Mehrheit attestiert den Gremien eine Fokussierung, auf das jeweilige Thema (85%) sowie Verbindlichkeit und Verlässlichkeit (78%), während nur 8% die Atmosphäre als konfliktuell erleben. Diese wertschätzende Atmosphäre spiegelt wider, dass Seminare, Teambuildingmaßnahmen und eine unterstützende Umgebung die Motivation der Jugendlichen fördern. Entscheidungsprozesse verlaufen überwiegend selbstbestimmt: 94% der Befragten geben an, dass die Wahl der Themen und Arbeitsschwerpunkte bei den Kindern und Jugendlichen liegt, während nur 15% Vorgaben des Gemeinderats als prägend wahrnehmen.⁵³ Anregungen kommen häufiger aus dem kommunalen Umfeld oder aus der Zivilgesellschaft. Dadurch bearbeiten Jugendparlamente nicht nur jugendspezifische Themen wie Freizeitangebote, sondern widmen sich auch allgemeinen kommunalpolitischen Themen wie Verkehrsplanung, Stadtteilsanierung, Demokratie und Menschenrechten. Rund 37% der Gremien führen Kooperationsprojekte mit zivilgesellschaftlichen Akteuren durch und ein Drittel fördert externe Projekte. Die Dominanz projektorientierter Praxis hat Jugendparlamente zu Foren für unterschiedliche Beteiligungsformen mit geregelter Zugang zu kommunalen Entscheidungsträger*innen gemacht.⁵⁴

⁴⁹ Ebd., S. 57f.

⁵⁰ Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2019). S. 14.

⁵¹ Ebd., S. 17.

⁵² Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk (2021). S. 65.

⁵³ Ebd., S. 67f.

⁵⁴ Ebd., S. 70.

Neben der thematischen Arbeit fungieren Jugendparlamente als Lernorte und Netzwerke. Die Jupa-Studie beschreibt sie als eigenständige und inklusive Partizipationsform, die sich besonders als Einstieg in das politische Engagement eignet.⁵⁵ Der baden-württembergische Leitfaden bezeichnet den Jugendgemeinderat als "Lernort der Demokratie"; die Teilnahme vermittelt Kompetenzen wie das Verfassen von Anträgen, das Aushandeln von Kompromissen und den Umgang mit Verwaltung und Politik.⁵⁶ Durch den Austausch mit kommunalen Entscheidungsträger*innen und zivilgesellschaftlichen Partnern können Jugendliche Netzwerke aufbauen. Seminare, Teambuilding-Maßnahmen und eine unterstützende Atmosphäre stärken die Motivation und fördern die langfristige politische Beteiligung.

Der Soziologe Nils Zimmer unterscheidet in seiner Studie zu Bildungsakteur*innen zwischen verschiedenen Haltungstypen. Er hält es für wichtig, Kindern und Jugendlichen Entscheidungsfreiheit einzuräumen und sie als Partner*innen auf Augenhöhe anzuerkennen. Eine solche Person ist bereit, (Entscheidungs-)Macht abzugeben und plädiert dafür, Kinder und Jugendliche in alle Prozesse gleichberechtigt einzubeziehen. Zimmer schildert ein Interview, in dem ein Akteur berichtet, er habe in mehreren Städten "aktive Jugendparlamente gesehen, aus denen heraus unheimlich viel organisiert wurde, aus denen viel angestoßen wurde, die auch es geschafft haben, das Bild von der Stadt tatsächlich zu verändern"⁵⁷. Die Jugendlichen hätten Veranstaltungen organisiert und Werkstätten aufgebaut, Expert*innen eingeladen und all dies selbst auf die Beine gestellt. Der Akteur betont sein Vertrauen in die Fähigkeiten der Jugendlichen und dass es Zeit braucht, bis sich selbstorganisierte Strukturen etablieren.⁵⁸ Diese idealistische Perspektive zeigt, wie wichtig Freiräume, unterstützende Strukturen und eine ernsthafte Einbindung in die kommunale Politik für erfolgreiche Jugendparlamente sind.

Abschließend lässt sich zusammenfassen, dass Jugendparlamente in Deutschland und der Schweiz kein starres Format darstellen, sondern äußerst vielfältig ausgeprägt sind. Sie verbinden repräsentative Strukturen mit projektbezogenen Arbeitsweisen, wählen ihre Leitung selbst, setzen auf regelmäßige Sitzungen und themenspezifische Arbeitsgruppen und verfügen überwiegend über Rede- und Antragsrechte, während Stimmrechte die Ausnahme bleiben. Das Arbeitsklima ist freundschaftlich, kooperativ und gleichberechtigt, und die Jugendlichen bestimmen ihre Themen weitgehend selbst. Die Begleitung durch pädagogische Fachkräfte und die frühzeitige Einbindung der Jugendlichen in die Konzeption des

⁵⁵ Vgl. Dachverband Schweizer Jugendparlamente (2024), S. 12.

⁵⁶ Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2019), S. 14.

⁵⁷ Zimmer, Nils (2022), S. 12.

⁵⁸ Vgl. ebd. S. 15.

Gremiums werden als wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit angesehen. Seminare, Teambuilding-Maßnahmen und eine unterstützende Atmosphäre tragen dazu bei, die Motivation zu stärken, und die strukturelle Einbindung in kommunale Entscheidungsprozesse fördert das Gefühl politischer Wirksamkeit.

4 Der Solinger Jugendstadtrat

4.1 Entstehung und Struktur

Bereits Mitte der 1970er Jahre wurde erstmals die Einrichtung einer Beteiligungsmöglichkeit für Jugendliche gefordert, deren Umsetzung jedoch ausblieb. Die erste Idee zur Gründung des Solinger Jugendstadtrats entstand 1993 im Rahmen einer Jugendkonferenz, bei der Jugendliche ein Beteiligungsmodell forderten, das über symbolische Mitwirkung hinausgeht. Das Jugendforum wurde als Reaktion auf den rassistischen Solinger Brandanschlag vom 29.05.1993 von der Jugendförderung initiiert, damit die Jugendlichen sich mit dem Brandanschlag und dessen Folgen auseinandersetzen konnten. Besonders bemerkenswert ist, dass sich einige Jugendliche mit Nachdruck für ein zentrales Gremium stark machten und „ihre Vorstellung durchsetzten“ – nämlich einen Jugendstadtrat für ganz Solingen anstelle von Bezirksvertretungen. Sie erreichten außerdem, dass „alle Solinger Jugendlichen wählen“ dürfen sollten, „auch die ohne deutschen Pass“⁵⁹.

Nach intensiven Vorarbeiten und politischen Abstimmungen wurde der Jugendstadtrat 1997 offiziell eingerichtet. Die Stadt wollte Jugendlichen damit „ein Übungsfeld bieten“ und zugleich ihre Vorstellungen „besser in kommunale Entscheidungen einfließen lassen“⁶⁰. Das Gremium bestand bei der Gründung aus 21 gewählten Vertreter*innen im Alter von 14 bis 18 Jahren, die ehrenamtlich tätig waren.⁶¹ Mit der Satzungsänderung vom 27. Dezember 2016 wurde diese Struktur überarbeitet: Seitdem besteht der Jugendstadtrat aus 25 gewählten Mitgliedern und 5 Nachrücker*innen im Alter von 14 bis 20 Jahren, zum Zeitpunkt der Wahl. Die Wahlperiode wurde zusätzlich von zwei auf drei Jahre verlängert.⁶²

Die Struktur des Jugendstadtrates ist zweigeteilt: Zum einen gibt es regelmäßige Plenarsitzungen, zum anderen Projektgruppen, die inhaltlich und thematisch arbeiten. Diese Gruppen entscheiden eigenständig über ihre Schwerpunkte und setzen Projekte um. In der

⁵⁹ Stadt Solingen (Hrsg.) (2007). S. 6–8.

⁶⁰ Ebd., S.3

⁶¹ Jugendstadtrat Solingen. *Über uns*.

⁶² Vgl. Klingenstadt Solingen. (2017). *Satzung des Jugendstadtrates der Stadt Solingen vom 27.12.2016*.

Broschüre zum zehnjährigen Bestehen wird betont, dass Projektgruppen auch dann entstehen können, wenn „während der Amtsperiode ein aktuelles Thema in den Vordergrund“⁶³ tritt. Die formalen Rahmenbedingungen für die Wahl und Organisation des Gremiums sind in der Satzung und der Wahlordnung geregelt. So wurde dort 2016 festgelegt, dass die „Wahl zum Jugendstadtrat [...] alle drei Jahre“⁶⁴ stattfindet.

Laut einer Evaluation 2007 zum zehnjährigen Jubiläum bewerteten 20 ehemalige Mitglieder der ersten fünf Jugendstadträte besonders positiv, dass sie durch den Jugendstadtrat Kompetenzen wie Verantwortungsbewusstsein, Teamfähigkeit, Kompromissfähigkeit und Selbstbewusstsein stärken konnten.⁶⁵ Außerdem wird deutlich, dass sie mit „ihrem eigenen Engagement als auch mit den Handlungsmöglichkeiten, die die Stadt geboten hat, recht zufrieden“⁶⁶ waren. Der Jugendstadtrat Solingen wird als eigenständiges, überparteiliches Gremium von Jugendlichen gesehen, das die Interessen von Kindern und Jugendlichen gegenüber Politik und Verwaltung vertritt.

4.2 Arbeitsweise und Themenbereiche

Die Arbeit des Jugendstadtrats ist praxisorientiert, projektbezogen und öffentlichkeitswirksam. In den monatlich stattfindenden Sitzungen berichten die Projektgruppen über ihre Arbeit und besprechen aktuelle Themen. Die Sitzungsleitung übernimmt jeweils die gewählte Vorsitzende bzw. der Vorsitzende. Häufig nehmen Kommunalpolitiker*innen oder Verwaltungsvertreter*innen als Gäste teil, um sich den Fragen der Jugendlichen zu stellen.⁶⁷

Die Projektgruppen sind das Rückgrat der inhaltlichen Arbeit. Die Themen reichen von Stadtgestaltung und ÖPNV bis hin zu Schule, Nachhaltigkeit oder kulturellen Veranstaltungen. Besonders bemerkenswert ist, dass sich in den Gruppen auch „Jugendliche engagieren, die nicht gewählt wurden“⁶⁸.

Ein Beispiel für moderne, kreative Jugendbeteiligung ist der Podcast *Antrag abgelehnt!*, in dem Mitglieder des Jugendstadtrats aktuelle Themen diskutieren und jugendpolitisch einordnen⁶⁹. Darüber hinaus nutzt das Gremium klassische Beteiligungsformen wie Anträge und Anfragen an Ausschüsse der Stadt. So verfasste der Jugendstadtrat am 16. Juni 2025

⁶³ Stadt Solingen (Hrsg.) (2007). S. 5.

⁶⁴ Klingenstadt Solingen. (2017). *Satzung des Jugendstadtrates der Stadt Solingen vom 27.12.2016*, S.2

⁶⁵ Vgl. Stadt Solingen (Hrsg.) (2007). S. 26

⁶⁶ Ebd., S. 22

⁶⁷ Ebd., S. 4

⁶⁸ Ebd., S.4-5

⁶⁹ Jugendstadtrat Solingen. *Sitzungen und Projektgruppen – Was sind die Themen?*

einen Beschluss zur Verbesserung der Toilettensituation am Schulgebäude Wahrenkamp. Darin forderte er „die Verwaltung [auf], schnellstmöglich zu prüfen, inwiefern Toilettendeckel und Toilettensitze angebracht werden können“⁷⁰. Die Verwaltung antwortete am folgenden Tag, dass eine Sanierung im städtischen Investitionsplan vorgesehen sei, allerdings die betroffene Schule erst Anfang 2026 saniert wird.⁷¹

Auch ohne konkrete Aufforderungen an die Verwaltung kann der Jugendstadtrat Einfluss nehmen – etwa durch Forderungspapiere. In einem Beschluss zum Forderungspapier vom Februar 2025 zur Stadtgestaltung wird mehr Gestaltungsfläche für Jugendliche im öffentlichen Raum gefordert, z. B. durch kreative Gestaltungsprojekte wie Graffiti-Flächen.⁷² Zwar erfolgte noch keine umfassende Umsetzung, doch reagierte die Verwaltung mit dem Projekt „Gestalte deine Stadt“, in dessen Rahmen ein Tunnel an der Goerdelerstraße zur legalen Sprayfläche umfunktioniert wurde.⁷³

Die vergangenen Jahrzehnte zeigen eindrucksvoll, dass sich aus der Arbeit des Jugendstadtrates konkrete Projekte entwickeln konnten. Bereits im April 2000 wurde in Zusammenarbeit mit der Bezirksvertretung und der Jugendförderung ein Skate-Parcours neben der Sporthalle des Ohligser Turnvereins (OTV) eröffnet – ein frühes Beispiel erfolgreicher Projektumsetzung.⁷⁴ 2004 folgte die Skatehalle Rollhaus und 2009 die Taschengeldbörse. Mit der Taschengeldbörse können Jugendliche kleinere Aufträge im Haushalt, Garten oder ähnlichem bei älteren Mitbürger*innen übernehmen und so auch ihr Taschengeld aufbessern. Aus einer Projektgruppe, in der die Jugendlichen „über Themen sprechen, die sie belasten“⁷⁵, entstand 2013 die Idee zur Hilfe-App *Between the Lines*. Der Jugendstadtrat Solingen war der Initiator der Entwicklung einer App, mit der Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen unkompliziert Hilfe finden können.⁷⁶ Die App wurde 2017 gegründet.

4.3 Unterstützende Institutionen und Rahmenbedingungen

Die Arbeit des Jugendstadtrates wird maßgeblich von der Geschäftsstelle unterstützt, die bei der Abteilung Jugendförderung, die zum Stadtdienst Jugend der Stadt Solingen gehört, angesiedelt ist. Sie übernimmt zentrale Aufgaben in der pädagogischen Begleitung, bei der

⁷⁰ Klingenstein Solingen. (2025) Beschluss aus der 16. Sitzung des Jugendstadtrates am Montag, 16.06.2025

⁷¹ Vgl. Klingenstein Solingen. (2025) *Mitteilungsvorlage: Zustand Toilettenanlagen Gebäude Wahrenkamp*

⁷² Vgl. Klingenstein Solingen. (2025) *Beschluss aus der 11. Sitzung des Jugendstadtrates am Montag, 10.02.2025*

⁷³ Vgl. Klingenstein Solingen. (2025) *Sitzungspaket zur 17. Sitzung des Jugendstadtrates am 07.07.2025*

⁷⁴ Vgl. Stadt Solingen (Hrsg.) (2007).

⁷⁵ Eisenreich, C. (2024).

⁷⁶ Vgl. Porsche Newsroom. (2024).

organisatorischen Koordination und der kommunikativen Vermittlung zwischen dem Jugendstadtrat, der Verwaltung und der Kommunalpolitik. Bereits in der Anfangszeit spielte sie eine wichtige Rolle: Die Geschäftsstelle warb „kräftig in Schulen und Jugendeinrichtungen und organisiert[e] Veranstaltungen, um die Idee des Jugendstadtrates bekannt zu machen und über Lehrer und Betreuer Kontakt zu den Jugendlichen herzustellen“⁷⁷. Auch heute begleitet die Geschäftsstelle die Projektgruppen des Jugendstadtrates im Alltag, vermittelt Kontakte zu Ämtern und politischen Vertreter*innen und sorgt für einen reibungslosen Ablauf der Gremienarbeit. Darüber hinaus organisiert sie regelmäßige Begleitseminare, die den Jugendlichen politische Bildung, Rhetorik, Gruppenführung und Projektmanagement vermitteln.⁷⁸ Die Geschäftsstelle trägt damit wesentlich dazu bei, dass der Jugendstadtrat als dauerhaftes Beteiligungsgremium strukturell gefestigt und in der kommunalen Verwaltung verankert ist.

Ein bedeutender Fortschritt für die Beteiligungsrechte des Jugendstadtrates wurde am 9. Juni 2022 durch einen Ratsbeschluss erzielt. Seitdem verfügt der Jugendstadtrat über ein Rede- und Beratungsrecht in den Fachausschüssen des Stadtrates. Laut Artikel 13 der Hauptsatzung der Klingenstadt Solingen kann der Jugendstadtrat nun „ein beratendes und ein stellvertretendes beratendes Mitglied für die Fachausschüsse, die Bezirksvertretungen und den Zuwanderer- und Integrationsrat benennen“⁷⁹. Diese beratenden Mitglieder haben das Recht, sich aktiv an Diskussionen zu beteiligen sowie eigene Anträge und Anfragen zu stellen, wodurch dem Jugendstadtrat mehr Möglichkeiten der Beteiligung eingeräumt wurden. Der Zugang zum Ratsinformationssystem sowie die strukturelle Unterstützung durch die Abteilung Jugendförderung ermöglichen eine transparente und fachlich begleitete Gremienarbeit.

Ehemalige Mitglieder berichten in der Broschüre von 2007, dass sie durch die Arbeit im Gremium wertvolle Erfahrungen gesammelt haben: So habe man gelernt, sich „nicht mit einem einfachen ‚es ist kein Geld da‘ abspeisen lassen“ zu müssen, sondern „richtige Erklärungen der Politiker“⁸⁰ einzufordern.

⁷⁷ Vgl. Stadt Solingen (Hrsg.) (2007). S. 7

⁷⁸ Vgl. Klingenstadt Solingen. (2017) Satzung des Jugendstadtrates der Stadt Solingen vom 27.12.16. S. 5

⁷⁹ Klingenstadt Solingen. (2022). *Hauptsatzung der Klingenstadt Solingen* vom 29.06.2022. S. 12

⁸⁰ Stadt Solingen (Hrsg.) (2007). S. 13.

5 Empirischer Teil: Erfahrungen ehemaliger und aktiver Mitglieder

5.1 Qualitative Erhebung: Experteninterviews

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurde ein qualitatives Forschungsdesign gewählt, das sich besonders zur Erhebung subjektiver Wahrnehmungen, individueller Erfahrungen und innerer Motive eignet⁸¹. Die Datenerhebung erfolgte in Form problemzentrierter Experteninterviews, die auf Basis eines halbstandardisierten Leitfadens vorbereitet und durchgeführt wurden. Die offene Struktur der Leitfadeninterviews erlaubte es, zentrale Themen vergleichbar zu erheben, gleichzeitig aber auf individuelle Erfahrungen und Schwerpunktsetzungen der Befragten flexibel einzugehen⁸².

Interviewt wurden vier Personen, die dem Solinger Jugendstadtrat in verschiedenen Amtszeiten angehörten. S1 ist seit 2020 Mitglied im 12. und 13. Jugendstadtrat, S2 war von 2020–2023 Mitglied im 12. Jugendstadtrat, S3 gehörte dem zehnten und elften Jugendstadtrat von 2015–2020 an und S4 wurde von 2013–2017 in den neunten und zehnten Jugendstadtrat gewählt. Zwei der Befragten sind männlich und zwei weiblich. Zur Vereinfachung und Wahrung der Anonymität wird im Folgenden ausschließlich die weibliche Form verwendet. Die Auswahl der Gesprächspartner*innen folgte dem Prinzip der theoretischen Vielfalt. Ziel war es, unterschiedliche Perspektiven auf die Beteiligungsarbeit, deren Wirkung und mögliche Anschlussengagements sichtbar zu machen. Darüber hinaus wurde berücksichtigt, dass die Befragten unter verschiedenen Rahmenbedingungen Mitglied des Jugendstadtrates waren, wodurch sich Unterschiede in den Erfahrungen und Ergebnissen ergeben können. Gleichzeitig liegen die Amtszeiten nicht allzu weit zurück, sodass die Schilderungen der Interviewten noch stark mit ihrer damaligen Wahrnehmung und den tatsächlichen Geschehnissen verbunden sein dürften.

Ziel der Interviews war es, persönliche Erfahrungen, wahrgenommene Wirkungen der Gremienarbeit und Einflussfaktoren auf das weitere politische Engagement zu identifizieren. Die Gespräche wurden aufgezeichnet, transkribiert und im Anschluss gemäß der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ausgewertet (vgl. Kapitel 5.2). Dabei wurden zentrale Motive, Gelingensbedingungen und fördernde Strukturen im Kontext politischer Jugendbeteiligung herausgearbeitet.

⁸¹ Lamnek, S. & Krell, C. (2016). S. 113

⁸² Helfferich, C. (2011). S. 178–181.

5.2 Methodische Grundlage: Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring

Für die Auswertung der Interviews wurde die qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring angewandt. Dieses Verfahren ermöglicht eine systematische, regelgeleitete Analyse von qualitativem Textmaterial mit dem Ziel, inhaltliche Kategorien induktiv oder deduktiv aus dem Material zu entwickeln⁸³. Die Methode eignet sich besonders für explorative Untersuchungen, in denen individuelle Deutungen sozialer Wirklichkeit im Vordergrund stehen.

Im vorliegenden Fall wurde ein kategoriengeleitetes Vorgehen gewählt: Auf Grundlage der Forschungsfrage wurden zentrale Analyseaspekte (z. B. Motivation zur Mitwirkung, erlernte Kompetenzen, weiteres Engagement) als Oberkategorien definiert, die im Analyseprozess durch Subkategorien ergänzt wurden⁸⁴. Die Auswertung erfolgte in mehreren Schritten: Paraphrasierung, Generalisierung, Reduktion und Interpretation. Im Vergleich zu anderen qualitativen Auswertungsverfahren, etwa der Grounded Theory (Strauss/Corbin), liegt der Fokus der qualitativen Inhaltsanalyse stärker auf einer strukturierenden Verdichtung des Materials, ohne dabei auf theoriebildende Verfahren zurückzugreifen⁸⁵. Während die Grounded Theory darauf abzielt, neue theoretische Konzepte aus dem Material zu entwickeln, dient die qualitative Inhaltsanalyse primär dazu, bestehende Fragestellungen empirisch zu beantworten und systematisch zu strukturieren⁸⁶. Die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring bietet damit eine methodisch kontrollierte, zugleich flexible Möglichkeit, um die Interviewdaten im Rahmen dieser Arbeit auszuwerten. Zuerst werden die Ergebnisse der Interviews in den Subkategorien dargestellt und im Anschluss diskutiert.

5.3 Darstellung der Ergebnisse

5.3.1 Motivation zur Mitwirkung

S1 berichtete, dass die Schultour ein entscheidender Auslöser zur Aufstellung als Jugendstadtratsmitglied war. Bei der Schultour kommt zu jeder Wahl die Geschäftsstelle des Jugendstadtrates in die Schulen und erklärt den wahlberechtigten Schüler*innen in der Aula oder anderen geeigneten Räumlichkeiten ihre Möglichkeit zur Aufstellung in den Jugendstadtrat. Meist sind dabei aktuelle Mitglieder des Jugendstadtrates vor Ort, die von ihren

⁸³ Mayring, P. (2015). S. 66.

⁸⁴ Kuckartz, U. (2018). S. 43–44.

⁸⁵ Strauss, A. & Corbin, J. (1996). S. 13.

⁸⁶ Mayring, P. (2015). S. 78–80.

eigenen Erfahrungen berichten. S1 fand die Arbeit und das Gremium sehr ansprechend, auch wenn sie zuvor den Jugendstadtrat nicht kannte,⁸⁷ und dachte sich, „in Solingen gibt es Dinge, die mich ein bisschen stören [...] warum dann nicht selber [...] in der Verwaltung und Politik arbeiten, sitzen und das so ein bisschen beeinflussen“⁸⁸. Auch das soziale Umfeld spielte eine Rolle, wenngleich die Familie anfangs skeptisch war⁸⁹. S1 war „damals der festen Überzeugung, dass es auf jeden Fall Dinge geben wird, die wir anpacken und ändern können“⁹⁰.

S2 schilderte, dass sie durch einen Minijob im Rahmen der Wahlkampagne und Schultour erstmals intensiven Kontakt zum Jugendstadtrat hatte⁹¹. S2 moderierte 2020 die Schultour und berichtete den Schüler*innen täglich über das Engagement und die Möglichkeiten im Jugendstadtrat. S1 äußerte: „dann hat man sich irgendwann selbst überredet bzw. muss sich auch an die Nase fassen und fragen, warum man sich denn nicht selbst bewirbt“⁹². Die Bewerbung baute somit darauf auf, dass S2 sich als Kandidatin „selbst verkauft“⁹³ hat.

Bei S3 war die Motivation zur Mitwirkung eine Kombination aus einem Schülerpraktikum und Ansprachen durch Lehrkräfte. S3 hatte damals „ein Schülerpraktikum gemacht bei einer Werbeagentur [...], die damals die Kampagne zur Wahl des Jugendstadtrates gemacht hat“⁹⁴. Nach diesem ersten Kontakt zum Jugendstadtrat wurde S3 nach der Schultour vom Klassenlehrer mit „das könnte doch was für dich sein“⁹⁵ ermutigt. Ebenso wurden ermutigende Rückmeldungen aus dem Freundeskreis und der Familie als Bestärkung genannt⁹⁶. Zusätzlich weckte die Organisation in Projektgruppen das Interesse sowie die Be-
spielung vielfältiger Themen⁹⁷.

S4 hob hervor, dass ihre politische Sozialisation und die ehrenamtliche Einbindung im Sportverein eine Rolle spielten. S4 komme „aus einem politischen Haushalt“⁹⁸ und hat dies „als Chance gesehen, auch was für mein Umfeld weiterzumachen, auch außerhalb vom Sportverein“⁹⁹. S4 erinnerte sich, dass bei der Schultour des Jugendstadtrates „eine ältere

⁸⁷ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S1*. S1, Z. 10 ff.

⁸⁸ Ebd., S1, Z. 12-15

⁸⁹ Vgl. ebd., S1, Z.20-22

⁹⁰ Ebd., S.1, Z. 25–27

⁹¹ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S2*. S. 1, Z. 9 ff.

⁹² Ebd., S.1, Z.14-16

⁹³ Ebd., S. 1, Z. 17

⁹⁴ Waldmann, S. (2025). *Transkript S3*. S. 1, Z. 17-19

⁹⁵ Ebd., S.2, Z. 6

⁹⁶ Vgl. ebd., S.2, Z. 12-31

⁹⁷ Vgl. ebd., S.2, Z.1-3

⁹⁸ Waldmann, S. (2025). *Transkript S4*. S. 1, Z. 15

⁹⁹ Ebd., S. 1, Z. 16-17.

Schwester von einer [Freundin aus ihrer] Stufe mit dabei¹⁰⁰ war. Bei S4 führten somit externe Impulse, die familiäre Prägung und das eigene Engagement zur Kandidatur.

5.3.2 Erlernte Kompetenzen

S1 beschrieb, dass die Rolle als Vorsitzende ihr Verantwortungsbewusstsein gefördert habe¹⁰¹. Außerdem erlernte S1 Mut und fing an, sich und das, was sie sagte, mehr zu reflektieren¹⁰². Im Austausch mit Parteien und Fraktionen wurde die politische Kommunikation erlernt und stetig verbessert¹⁰³. Darüber hinaus profitierte S1 von Seminaren zu Rhetorik und Moderationstrainings¹⁰⁴.

S2 betonte, dass sie gelernt hat, dass man viel Durchhaltevermögen benötigt, um ein Projekt von vorne bis zum Ende zu begleiten¹⁰⁵. Außerdem habe sie gelernt, Diskussionen zu moderieren. Als Vorsitzende übernahm sie oft „das Amt des Moderierens“¹⁰⁶. Durch die Erfahrung im Umgang mit Altersunterschieden erlernte S2 besonders Projektmanagement und soziale Kompetenzen, denn als Vorsitzende bringt man „alle an einen Tisch“¹⁰⁷.

S3 sah im Jugendstadtrat die „beste Möglichkeit, seine Stadt kennenzulernen“¹⁰⁸ und sie betonte, dass durch die Zeit im Jugendstadtrat ein enger Kontakt mit Verwaltung und Politik entstand und dadurch „sowohl auf persönlicher Ebene als auch auf politischer Ebene [...] Netzwerke“¹⁰⁹ aufgebaut wurden. S3 entwickelte politisches Wissen, indem er lernte „Verwaltung zu verstehen und kennenzulernen“¹¹⁰, auch „mit den vielfältigen Problemlagen“¹¹¹. Die enge Zusammenarbeit mit älteren Jugendlichen sah S3 als großen Profit an, den sie durch die Schule oder den Fußballverein nicht erfahren hat¹¹².

Als Mitglied im 9. Jugendstadtrat hat S4 „viel über die Stadt gelernt [...] über verschiedene Strukturen, über Vereinsstrukturen bis hin zu sehr vielen engagierten Menschen“¹¹³. Ihr eigener Wahlkampf mit 14 Jahren, um in den Jugendstadtrat gewählt zu werden, hat ihr

¹⁰⁰ Ebd., S.1, Z. 12-13.

¹⁰¹ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S1*. S.2, Z. 27 ff.

¹⁰² Vgl. ebd., S. 13, Z. 34 ff.

¹⁰³ Vgl. ebd., S. 2, Z. 20 ff.; S. 4, Z. 31 ff.; S. 5, Z. 22-23.

¹⁰⁴ Vgl. ebd., S. 14 Z. 4-5.

¹⁰⁵ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S2*. S.1, Z.35 ff.

¹⁰⁶ Ebd., S.3, Z. 4.

¹⁰⁷ Ebd., S. 3, Z. 17.

¹⁰⁸ Waldmann, S. (2025). *Transkript S3*. S. 3, Z. 21.

¹⁰⁹ Ebd., S. 3, Z.31-32.

¹¹⁰ Ebd., S. 3, Z.23.

¹¹¹ Ebd., S. 3, Z.22-23.

¹¹² Vgl. ebd., S.3, Z. 9 ff.

¹¹³ Waldmann, S. (2025). *Transkript S4*. S.1, Z. 19-21.

Selbstbewusstsein sehr gestärkt¹¹⁴. S4 fand den Altersunterschied bereichernd. Die Älteren halfen und brachten andere Interessen und Vorstellungen von Projekten ein als die jüngeren Mitglieder¹¹⁵. Diesen Wandel nahm sie auch selbst in den zwei Amtsperioden wahr. S4 hob hervor, dass man als Vorsitzende „von Anfang bis Ende beteiligt war“¹¹⁶ und „der Austausch dann intensiver mit Verwaltung und Politik“¹¹⁷ gewesen sei.

5.3.3 Wahrgenommene Wirkung

Für S1 zeigte sich die erlebte Wirkung besonders prägend bei der erfolgreichen Einführung von Periodenartikelspendern an allen weiterführenden Schulen in Solingen.¹¹⁸ Dieses Projekt entstand durch den Wunsch einer Schülerin, die sich eine niederschwellige Erreichbarkeit von Periodenartikeln in der Schule gewünscht hatte.¹¹⁹ Durch die Reaktion einiger Fraktionen auf den Wunsch des Jugendstadtrates wurde im städtischen Haushalt Geld eingeplant um alle weiterführenden Schulen mit Periodenartikelspender und Periodenartikeln auszustatten.¹²⁰ Dieses Projekt steht exemplarisch für die Möglichkeit des Jugendstadtrats, eigene Anliegen in die Praxis zu übertragen und damit spürbare Veränderungen für Jugendliche in Solingen zu bewirken, die bis heute Resonanz zeigen¹²¹. Darüber hinaus machte S1 deutlich, dass sich der Einsatz in der politischen Arbeit lohnte, wenn es gelang, Anträge erfolgreich in den Rat einzubringen.¹²² Hier zeigt sich, dass die Erfahrungen mit formalen politischen Entscheidungsprozessen nicht nur lehrreich waren, sondern auch zu spürbaren Erfolgen führten.¹²³ Die Projektarbeit fühlte sich für sie immer dann wirksam an, wenn Jugendliche Angebote wie „das Picnic-Open-Air-Festival, das Young Spirit“¹²⁴ Jugendkulturfestival oder Partys an Halloween oder zum Ferienstart wahrnahmen¹²⁵ oder Aktionen der politischen Bildung angenommen wurden. Ein Beispiel hierfür ist der „Sol-O-Mat zur Kommunalwahl [dieser] hat über 10.000 Aufrufe“¹²⁶. Zusätzlich hob S1 hervor, dass die Führungsrolle als Vorsitzende mit einer stärkeren Sichtbarkeit verbunden war¹²⁷.

¹¹⁴ Vgl. ebd., S. 4, Z. 19-26.

¹¹⁵ Vgl. ebd., S. 4, Z. 11-19.

¹¹⁶ Ebd., S.1, Z. 35-36.

¹¹⁷ Ebd., S. 2, Z. 1-2.

¹¹⁸ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S1*. S. 2, Z.11 ff.

¹¹⁹ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S2*. S. 2, Z. 14 ff.

¹²⁰ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S1*. S. 2, Z. 20-22.

¹²¹ Vgl. ebd., S. 6, Z.1-7.

¹²² Vgl. ebd., S. 3, Z. 19 ff.

¹²³ Vgl. ebd., S. 4, Z.19-22.

¹²⁴ Ebd. S. 6, Z. 8.

¹²⁵ Vgl. ebd., S.6, Z. 16-20.

¹²⁶ Ebd., S. 6, Z. 24.

¹²⁷ Vgl. ebd., S. 2, Z. 27-34).

S2 hatte den Eindruck, dass man „mehr Wirkung erzielen konnte, wenn man als Vorsitzender irgendwo aufgetreten ist.“¹²⁸ Die Führungsrolle verstärkte somit die persönliche Sichtbarkeit und den Einfluss in politischen Kontexten. Ein prägendes Beispiel für konkrete Wirkung war auch für S2 die Umsetzung der Periodenartikelspender¹²⁹. Dieses Projekt verdeutlichte für sie, dass Anliegen junger Menschen im Jugendstadtrat aufgegriffen und erfolgreich umgesetzt werden konnten. Darüber hinaus hob S2 die symbolische Wirkung hervor, wenn Jugendliche von außerhalb den Jugendstadtrat als Anlaufstelle nutzten.¹³⁰ S2 nahm die Zeit im Jugendstadtrat als sehr lehrreiche und intensive Zeit wahr¹³¹.

Ein herausragendes Beispiel für die erlebte Wirkung im Jugendstadtrat war für S3 die Einführung des verbindlichen Rede- und Antragsrechts in Ausschüssen der Stadt Solingen und die Verankerung in der Hauptsatzung¹³². Dieser institutionelle Durchbruch verlieh dem Gremium dauerhaft mehr Einfluss und stellte einen zentralen Meilenstein der Jugendbeteiligung dar. Darauf aufbauend verwies S3 auf konkrete Projekte, die politische Wirkung entfalten konnten. Besonders prägend war der Widerstand gegen die geplante Verschärfung der Straßenordnung 2018. Die Jugendstadträte hatten „damals zusammen mit Wohlfahrtsverbänden und Teilen der Kommunalpolitik [...] aktiv gegengearbeitet“. Die, laut S3, problematischen Veränderungen für die Straßenordnung wurden nicht beschlossen und die Jugendstadratsmitglieder waren somit aktiv daran beteiligt, dass „man bis heute [...] durchgesetzt hat, dass in Solingen ein gewisser Zweiklang steht zwischen Ordnungsrecht und sozialer Arbeit auf den Straßen.“¹³³ Neben solchen Projekten nannte S3 auch spontane Aktionen mit starker Symbolkraft, etwa die Demonstration nach dem Brand im Flüchtlingscamp Moria. Der elfte Jugendstadtrat stellte damals Stühle vor das Rathaus, „um zu symbolisieren, dass die Kommunen noch Aufnahmekapazitäten haben, was ihnen häufig abgesprochen wurde.“¹³⁴ Der Oberbürgermeister sprach sich dafür aus, dass es gut ist „für solche Themen einen Jugendstadtrat [zu] haben, der dann auch den Finger mal in die Wunde legt.“¹³⁵ Darüber hinaus eröffnete die Mitarbeit im Kinder- und Jugendrat NRW S3 die Möglichkeit, auf Landesebene Impulse zu setzen, etwa im Bereich Mobilität. Damals war die „zentrale Forderung, dass es ein günstiges Jugend-Ticket gibt.“¹³⁶ S3 nahm ihre besondere

¹²⁸ Waldmann, S. (2025). *Transkript S2*. S.1, Z. 31-32

¹²⁹ Vgl. ebd., S.2, Z. 9-23.

¹³⁰ Vgl. ebd., S.2, Z. 8-9.

¹³¹ Vgl. ebd., S. 1, Z. 19-22.

¹³² Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S3*. S. 5, Z.4-7.

¹³³ Ebd., S. 5, 19-21.

¹³⁴ Ebd., S.7, Z. 30-31.

¹³⁵ Ebd., S. 7, Z. 36-37.

¹³⁶ Ebd., S. 6, Z.6-7.

Rolle als Vorsitzende ab Mai 2018 nicht nur als symbolische Bedeutung wahr, sondern auch eine erweiterte politische Reichweite und Verantwortung. Die enge Zusammenarbeit mit dem Oberbürgermeister und den jugendpolitischen Sprecher*innen der Fraktionen zeigte S3, dass der Jugendstadtrat in dieser Konstellation als ernstzunehmender Gesprächspartner in der kommunalen Politik wahrgenommen wurde¹³⁷.

Die Gründung der Projektgruppe *Between the Lines*, die sich mit Jugendlichen in Notfallsituationen befasste, war für S4 besonders prägend. „Diese Projektgruppe ist dann so weit gewachsen, dass daraus eine App entwickelt wurde“¹³⁸. Die Veröffentlichung der App im Rahmen einer großen Veranstaltung war für S4 ein Moment erlebter Selbstwirksamkeit.¹³⁹ Darüber hinaus schilderte S4, dass auch kleinere Veranstaltungen wichtig waren, da sie zeigten, „man erreicht [...] junge Menschen“¹⁴⁰. Eine weitere eindrucksvolle Erfahrung lag für S4 in Projekten mit Geflüchteten, bei denen die Jugendstadtratsmitglieder Ausflüge mit geflüchteten Kindern unternommen haben.¹⁴¹ „Kinder, die nicht lachend hingekommen sind, plötzlich lachend zu sehen“¹⁴², war für S4 sehr intensiv.

5.3.4 Herausforderungen und Hürden

S1 betonte als Herausforderung, dass die Sitzungen 2020 und 2021 aufgrund der Corona-Pandemie digital stattfanden und die Mitglieder sich „in den ersten anderthalb Jahre[n] gar nicht gesehen“¹⁴³ haben. Diese fehlende Kontinuität machte es schwer, verbindliche Arbeitsweisen zu entwickeln und Projekte voranzubringen. Hinzu kam eine mangelnde Wertschätzung durch einzelne Rats- und Fraktionsmitglieder, die die Anliegen Jugendlicher nicht ernst nahmen. Dies wurde besonders in einer Fraktionssitzung deutlich, in der der Vorstand eingeladen wurde.¹⁴⁴ S1 hat sich aufgrund der räumlichen Distanz „wie in [...] einem Verhör“¹⁴⁵ gefühlt und musste sarkastische Fragen wie: „was habt denn ihr Jugendliche für Probleme“¹⁴⁶ beantworten. S1 äußerte das Gefühl, dass der Vorstand sich „in dem Moment nicht ernst“¹⁴⁷ genommen fühlte. Ein weiteres Beispiel dafür schilderte sie im Zusammenhang mit Ausschusssitzungen. Im Sportausschuss bekamen Mitglieder des 12.

¹³⁷ Vgl. ebd., S. 4, Z. 5-12.

¹³⁸ Waldmann, S. (2025). *Transkript S4*. S. 2, Z.9

¹³⁹ Vgl. ebd., S. 2, Z. 11-18.

¹⁴⁰ Ebd., S. 2, Z. 20.

¹⁴¹ Vgl. ebd., S.3, Z. 9.

¹⁴² Ebd., S. 3, Z.6-7.

¹⁴³ Waldmann, S. (2025). *Transkript S1*. S. 2, Z. 4.

¹⁴⁴ Vgl. ebd., S. 4, Z. 31 ff.

¹⁴⁵ Ebd., S. 4, Z. 37.

¹⁴⁶ Ebd., S. 5, Z. 7-8.

¹⁴⁷ Ebd., S. 5, Z. 13.

Jugendstadtrates auf Verständnisfragen bezüglich der Vorlagen unpassende und respektlose Antworten. Die nötige Unterstützung und Anpassung an die politischen Vorerfahrungen der Jugendlichen fehlte.¹⁴⁸

S2 betonte, dass „in Ausschüssen manchmal Mitglieder nicht so ernst genommen wurden, wie sie hätten sein sollen.“¹⁴⁹ Gleichzeitig beschrieb sie die Strukturen innerhalb des Jugendstadtrats als ambivalent. Einerseits hat die große Freiheit viel Kreativität ermöglicht, andererseits seien fehlende Rahmung manchmal hinderlich gewesen. S2 äußerte, es hätte „von einer außenstehenden Stelle so einen Rahmen gebraucht, um [Projekte] richtig effektiv zu machen“¹⁵⁰. Dadurch erhofft sich S2 auch eine Erhöhung des Respektes anderer in manchen Situationen.¹⁵¹ Darüber hinaus machte sie auf die Langwierigkeit politischer Prozesse aufmerksam.¹⁵²

S3 berichtet die formalen und effektiven „Mitgestaltungsmöglichkeiten [...] waren damals sehr begrenzt“ für den zehnten und elften Jugendstadtrat. In manchen Ausschüssen wurden Redebeiträge toleriert, aber dies war „vollkommen vom Gutdünken der Ausschussvorsitzenden abhängig.“¹⁵³ S3 berichtete, dass der „Jugendstadtrat unterbewusst, zum Teil aber auch gezielt diskreditiert worden ist.“¹⁵⁴ Hinzu wurde abwertend „pauschal behauptet, dass die Mitglieder des Jugendstadtrats nicht zuverlässig an Sitzungen der Ratsausschüsse teilnehmen“¹⁵⁵ würden, was zu dem Zeitpunkt reine Spekulation war, da die Mitglieder noch keine formalen Mitbestimmungsrechte hatten. Als weitere Schwierigkeit schilderte sie die zeitweise unzureichende Unterstützung durch die Geschäftsstelle. Die Jugendlichen wurden viel allein gelassen „insbesondere mit Aufgaben des täglichen Geschäfts.“¹⁵⁶ Durch die fehlende Unterstützung litt laut S3 die Gruppendynamik und es entstand „eine extreme Fokussierung auf bestimmte Leistungsträger im Vorstand“¹⁵⁷. Damit machte S3 deutlich, dass strukturelle Defizite die Wirksamkeit und das Team schwächten. Es entstand eine ungleiche Arbeitsbelastung. Beides stelle erhebliche Hürden für eine nachhaltige Arbeit dar.

¹⁴⁸ Vgl. ebd., S. 5, Z. 17 ff.

¹⁴⁹ Waldmann, S. (2025). *Transkript S2*. S.3, Z. 4-5.

¹⁵⁰ Ebd., S.2, Z. 36-37.

¹⁵¹ Vgl. ebd., S.3, Z.1-2.

¹⁵² Vgl. ebd., S.2, Z. 1-2.

¹⁵³ Waldmann, S. (2025). *Transkript S3*. S. 4, Z. 32.

¹⁵⁴ Ebd., S. 6, Z. 13.

¹⁵⁵ Ebd., S. 6, Z. 15-16

¹⁵⁶ Ebd., S. 14, Z. 20.

¹⁵⁷ Ebd. S. 14, Z.26-27.

S4 erlebte im neunten und zehnten Jugendstadtrat die größten Herausforderungen in der ungleichen Behandlung innerhalb der Ausschüsse. Sie berichtete, dass die Mitglieder nur auf der Gästebank Platz nehmen durften und auch im Jugendhilfeausschuss, in dem S4 als Jugendstadratsmitglied einen Sitz hatte, habe sie sich nicht ernst genommen und eher von oben herab behandelt gefühlt.¹⁵⁸ Besonders prägend war die Erfahrung, dass selbst Redebeiträge nur nach einer formalen Unterbrechung der Sitzung möglich waren, sodass jedes Mal, wenn sich der Jugendstadtrat beteiligen wollte, man „von der Gästebank nach vorne gegangen“¹⁵⁹ ist. S4 schilderte als weitere als Herausforderung, dass trotz der grundsätzlichen Offenheit der zwei Oberbürgermeister, während ihrer Amtszeit, entscheidende Themen wie die Flüchtlingskrise 2015 nicht in ausreichender Tiefe mit dem Jugendstadtrat besprochen wurden. In einer Sitzung mit dem Oberbürgermeister 2016 fragten Jugendliche nach den Orten und der Verteilung der Flüchtlingsunterkünfte und erhielten „nicht so zufriedenstellende Antworten“¹⁶⁰, da der Einfluss auf Land- und Bundespolitik geschoben wurde. Im Nachhinein stellte sich heraus „die Stadtverwaltung wusste nicht, ob das für die Öffentlichkeit und für den Jugendstadtrat gedacht ist“¹⁶¹. Diese Erfahrung machte für sie deutlich, dass auch übergeordnete Themen wie Flucht und Migration jugendpolitisch relevant sind und ernsthaft mit Jugendlichen diskutiert werden müssen.

5.3.5 Unterstützende Strukturen

S1 hob die Unterstützung durch Parteien und Fraktionen hervor, die bei der Antragstellung halfen. Einzelne Parteien griffen Ideen der Jugendlichen auf und schrieben sie in Anträge.¹⁶² „Bei Formulierungen oder [...] rechtlichen Themen [...] [boten] einige Personen Unterstützung an“¹⁶³. Gleichzeitig unterstrich S1 die zentrale Funktion der Geschäftsstelle, als örtliche Anlaufstelle und auch die personelle Unterstützung. Die personelle „Begleitung durch die Geschäftsstelle“¹⁶⁴ wurde als besonders wichtig gesehen, da dort eine Ansprechperson für die Jugendlichen sein sollte, auf die sie sich verlassen können. Dies verdeutlicht S1 dies besonders in Bezug auf Arbeitsqualität der personellen Besetzung. „Es kann ohne eine Geschäftsstelle funktionieren“¹⁶⁵, wenn diese vor zum Beispiel einem Urlaub eine Struktur und Abläufe erklärt oder an Termine erinnert und diese im Vorfeld mit den

¹⁵⁸ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S4*. S. 2 Z. 26 ff.

¹⁵⁹ Ebd., S. 9, Z. 17.

¹⁶⁰ Ebd., S. 9, Z. 30.

¹⁶¹ Ebd., S. 9, Z. 32-33.

¹⁶² Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S1*. S. 2, Z. 20-21; S. 4, Z. 11-15.

¹⁶³ Ebd., S. 4, Z. 13-15.

¹⁶⁴ Ebd., S. 4, Z. 9-11.

¹⁶⁵ Ebd., S. 11, Z. 12-13.

Jugendlichen vorbereitet¹⁶⁶. Dabei ist das Zusammenspiel aus Mitgliedern und Geschäftsstelle besonders entscheidend. „Eine Geschäftsstelle ohne aktive Mitglieder bringt nichts, aber aktive Mitglieder können [...] nicht gut arbeiten ohne eine Geschäftsstelle.“¹⁶⁷ S1 äußerte, aus Erfahrungen im 12. Jugendstadtrat, in denen die Geschäftsstelle mit einer Vollzeitstelle besetzt war, aber die Unterstützung trotzdem gefehlt hat, den Wunsch einer anwesenden und hilfreichen Geschäftsstelle, um wirksam agieren zu können¹⁶⁸.

S2 hat sich gut unterstützt gefühlt, da sie wusste, wo es Anlaufstellen gibt.¹⁶⁹ Besonders wichtig war für S2 die Rolle des Fördervereins. S2 brachte hervor, dass der „Förderverein [...] eine Unterstützung und Sicherheit gegeben“¹⁷⁰ hat bei politischen und Veranstaltungsfragen. Der Förderverein eröffnete zugleich einen kreativen Freiraum, durch die finanziellen Möglichkeiten.¹⁷¹

S3 hob besonders die Rolle der Jugendförderung hervor, die mit inhaltlichen „Argumentationshilfen, Factsheets, Vorbereitungen für Sitzungen“¹⁷² und Materialien unterstützte. Darüber hinaus betonte S3 die Netzwerke, die der Jugendstadtrat durch Kooperationen mit anderen Beiräten aufbauen konnte. Es entstanden strategische Bündnisse mit dem Seniorenbeirat und dem Beirat für Menschen mit Behinderung, um eigene Forderungen wie das Rede- und Antragsrecht gemeinsam zu erkämpfen.¹⁷³ Zusätzlich betonte S3 die Wichtigkeit einer Geschäftsstelle, die gut arbeitet und Unterstützung leistet¹⁷⁴, sowie, „Strukturen wie den Förderverein Jugendstadtrat [...], der berät und wo aktive Politiker [...] direkt im Austausch mit Jugendlichen sind.“¹⁷⁵

S4 bestätigte die Bedeutung der institutionellen Absicherung durch die Geschäftsstelle¹⁷⁶. Auch die Jugendförderung habe für S4 eine wichtige Rolle gespielt, da der damalige Abteilungsleiter ein guter Ansprechpartner war und S4 oft in der Jugendförderung war, um Dinge persönlich vorzubereiten und zu besprechen¹⁷⁷. Für S4 war die Verlässlichkeit dieser

¹⁶⁶ Vgl. ebd., S. 11, Z. 12-23.

¹⁶⁷ Ebd., S. 11, Z. 23-25.

¹⁶⁸ Vgl. ebd., S. 14, Z. 15-19.

¹⁶⁹ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S2*. S. 7, Z. 11-12.

¹⁷⁰ Ebd., S. 7, Z. 14.

¹⁷¹ Vgl. ebd., S. 7, Z. 14-19.

¹⁷² Waldmann, S. (2025). *Transkript S3*. S. 7, Z. 7-8.

¹⁷³ Vgl. ebd., S. 7, Z. 16-20.

¹⁷⁴ Vgl. ebd., S. 11, Z. 4-7.

¹⁷⁵ Ebd., S. 11, Z. 8-10.

¹⁷⁶ Waldmann, S. (2025). *Transkript S4*. S. 7, Z. 35-37.

¹⁷⁷ Vgl. ebd., S. 8, Z. 1-10.

Strukturen entscheidend, da sie Orientierung boten und den Jugendstadtrat in seiner Arbeit stabilisierten¹⁷⁸.

5.3.6 Emotionale Prägung

Die Aussagen von S1 verdeutlichen, dass die Erfahrungen im Jugendstadtrat eine tiefgreifende emotionale Wirkung entfaltet haben. Besonders stark tritt dabei die identitätsstiftende Bedeutung der Amtszeit hervor. So beschrieb S1 rückblickend, dass der Jugendstadtrat „sehr geprägt [hat und S1] [...] mit sehr vielen weinenden Augen auf das Ende“¹⁷⁹ hinschaut. Diese Formulierung zeigt, dass die Tätigkeit nicht nur als politisches Engagement, sondern auch als wichtige Lebensphase empfunden wurde. Die emotionale Intensität wird vor allem beim Abschied deutlich. S1 formulierte sehr deutlich, dass das „ein sehr schwerer Abschied für“¹⁸⁰ sie wird, da der Jugendstadtrat sie sechs Jahre begleitet und inspiriert hat. S1 hebt die Umsetzung der Periodenartikelspender hervor, mit der die Jugendlichen „eine Kleinigkeit zu so einem Riesenprojekt gemacht und [...] damit [...] vollen Erfolg“¹⁸¹ hatten. Da S1 „viele der Leute [...] spät erst richtig kennengelernt habe [...] [und deshalb emotional nicht eng] gebunden war an diese Menschen“¹⁸², war der Abschied des 12. Jugendstadtrates eher ein freudiger Blick auf die Zeit in den 13. Jugendstadtrat. Darüber hinaus hatte das Engagement auch nachhaltige Auswirkungen auf die berufliche Orientierung. Bei S1 wurde das „Verlangen gestärkt, mit Kindern und Jugendlichen zusammenzuarbeiten“¹⁸³. S1 macht aktuell eine praxisintegrierte Ausbildung zur Erzieherin und überlegt danach berufsbegleitend Soziale Arbeit zu studieren¹⁸⁴, da sie die Arbeit „noch viel mehr vertiefen will“¹⁸⁵.

Für S2 war die Zeit im Jugendstadtrat eine „sehr tolle Zeit, eine sehr lehrreiche Zeit“¹⁸⁶, die stark zur persönlichen Entwicklung beitrug. Besonders prägend war dabei das Gefühl, Verantwortung für die Jugendlichen in Solingen zu übernehmen. S2 beschreibt rückblickend, dass man „auch gerade für alle Solinger Jugendlichen gerecht werden“¹⁸⁷ und etwas verändern muss. Dieses Bewusstsein führte zwar zu Stolz, brachte aber auch eine große Belastung mit sich. Am Ende der Amtszeit überwogen ambivalente Gefühle der

¹⁷⁸ Vgl. ebd., S. 8, Z. 10-12.

¹⁷⁹ Waldmann, S. (2025). *Transkript S1*. S. 5, Z. 31-32

¹⁸⁰ Ebd., S. 7, Z. 28-29.

¹⁸¹ Ebd., S. 5, Z. 35-36.

¹⁸² Ebd., S. 6, Z. 36 - S. 7., Z. 1.

¹⁸³ Ebd., S. 14, Z. 7-8.

¹⁸⁴ Vgl. ebd., S. 14, Z. 10-12.

¹⁸⁵ Ebd., S. 14, Z. 12.

¹⁸⁶ Waldmann, S. (2025). *Transkript S2*. S. 1, Z. 20-21..

¹⁸⁷ Ebd., S. 3, Z. 32.

Erleichterung¹⁸⁸, aber auch der Wehmut, da sie die Arbeit „gerne gemacht hat und [...] ein Lebensabschnitt und so eine Erfahrung zu Ende ging“¹⁸⁹. Auf Beschwerden oder Wünsche wurden Projekte zusammen angegangen und waren damit erfolgreich¹⁹⁰. Solche Erfahrungen stärkten das Gefühl von Wirksamkeit und Zusammenhalt. Darüber hinaus wirkte das Engagement auch prägend auf ihren beruflichen Weg. Ihre Ausbildung als Medienkaufmann Digital und Print hat sie beim Solinger Tageblatt, der Solinger Tageszeitung, absolviert¹⁹¹, da sie immer noch der Meinung ist „in Solingen passiert viel, in Solingen ist viel.“¹⁹² Dieses Stadtgeschehen verfolgt S2 nun bei ihrer Arbeit und berichtet darüber.

Rückblickend betont S3 das Gefühl, dass ein entscheidender Lebensabschnitt vorbei ging. Das gute Gewissen, die Arbeit abzugeben verdeutlicht die Ambivalenz zwischen Wehmut über das Ende einer nachhaltigen Zeit und dem beruhigenden Bewusstsein, das Mandat in gute Hände übergeben zu können.¹⁹³ S3 beschreibt, die Aufstellung in den Jugendstadtrat ist rückblickend eine „prägende Entscheidung geworden für das weitere Leben [...] [, da S3 mittlerweile] jeden Tag mit dem Thema Politik zu tun“¹⁹⁴ hat. Da sich dies auf das Ehrenamt und die Arbeit bezieht ist dies eine seiner wichtigsten Lebensentscheidungen gewesen.¹⁹⁵ S3 erklärt die Studienwahl im direkten Zusammenhang mit der Zeit im Jugendstadtrat. S3 studiert „Sozialwissenschaften im Bachelor und Politikmanagement im Master“¹⁹⁶. Dies verdeutlicht, dass die „Zeit im Jugendstadtrat auch auf der politischen und beruflichen Ebene einen beeinflussen kann“¹⁹⁷. Zur emotionalen Prägung gehören für S3 zudem auch die Freundschaften, die entstanden¹⁹⁸ und die Kontakte mit Menschen, die einen „zehn Jahre später immer noch begleiten“¹⁹⁹.

Rückblickend beschreibt S4 die Zeit im Jugendstadtrat als „intensiv, schön und sehr lehrreich“²⁰⁰. Besonders eindrücklich war das Gefühl, Sinnhaftigkeit in der eigenen Arbeit zu erfahren, was S4 dazu motiviert hat, erneut zu kandidieren²⁰¹. S4 erinnert sich, dass es eine

¹⁸⁸ Vgl. ebd., S. 3, Z. 33-36.

¹⁸⁹ Ebd., S. 3, Z. 37- S. 4, Z. 1.

¹⁹⁰ Vgl. ebd., S. 2, Z. 14-23.

¹⁹¹ Vgl. ebd., S. 4, Z. 24-28.

¹⁹² Ebd., S. 4, Z. 27.

¹⁹³ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S3*. S. 6, Z. 20-28.

¹⁹⁴ Ebd., S. 14, Z. 7-8.

¹⁹⁵ Vgl. ebd., S. 8-11.

¹⁹⁶ Ebd., S. 10, Z. 17-18.

¹⁹⁷ Ebd., S. 10, Z. 19-20.

¹⁹⁸ Vgl. ebd., S. 3, Z. 28.

¹⁹⁹ Ebd., S. 3, Z. 31.

²⁰⁰ Waldmann, S. (2025). *Transkript S4*. S. 1, Z. 18-19.

²⁰¹ Vgl. ebd., S. 2, Z. 21-22.

sehr prägende Zeit besonders in den jungen Jahren mit 15, 16 Jahren war²⁰², da man „mit den Leuten gut zusammengewachsen ist und so Freundschaften geknüpft hat“²⁰³. Der Abschied bedeutete aber nicht das Ende einer beeindruckenden Phase, sondern zugleich auch die Öffnung neuer Freiräume²⁰⁴. Besondere emotionale Momente entstanden durch Projekte wie die Entwicklung der App *Between the Lines*, da diese von Beginn an im Jugendstadtrat entwickelt wurde²⁰⁵. Die Erfahrungen im Jugendstadtrat waren für S4 zugleich ein Ausgangspunkt für den beruflichen Weg, da sie dadurch mitbekommen hat, „wie wichtig es ist, sich für die eigene Stadt zu engagieren“²⁰⁶, da jedes Handeln politisch ist. In der Folge entschied sich S4 für ein Studium der Politikwissenschaft, blieb parteipolitisch aktiv und arbeitet bis heute in einem politischen Kontext²⁰⁷.

5.3.7 Weiteres Engagement

Obwohl S1 derzeit noch Mitglied im 13. Jugendstadtrat ist, wird deutlich, dass das politische Engagement über die aktuelle Amtszeit hinausgehen soll. S1 betont den Wunsch, sich weiter politisch zu engagieren, aber auch ein Gefühl der gesellschaftlichen Verantwortung sich weiter zu engagieren²⁰⁸. Besonders wichtig ist, die Erfahrungen nicht enden zu lassen, da S1 sich nicht vorstellen kann, „sechs Jahre [...] politisch aktiv gewesen zu sein [...] und dann plötzlich nichts mehr“²⁰⁹ zu machen. Schon jetzt steht für S1 fest, dass „es in der Partei weiter, hoffentlich“²¹⁰ gehen wird, da sie ihre Motivation klar auf einen künftigen Parteieintritt ausrichtet. Ein zentrales Schlüsselerlebnis für ihr weiteres Engagement war das „Feedback von außen“²¹¹, welches S1 in der Rolle als Vorsitzende erhalten hat. Politiker*innen bestärkten S1 in persönlichen Gesprächen und Rückmeldungen zur Moderation von Podiumsdiskussionen und gaben das Gefühl, „dass ich ja hier irgendwas richtig mache“²¹². Diese Anerkennung von außen gibt S1 die entscheidende Motivation, die politische Arbeit fortzuführen. Gleichzeitig möchte sie den Jugendstadtrat auch nach ihrer aktiven Zeit weiter unterstützen, indem sie „in allen Formen und Varianten, die es gibt, [...] unterstützen“²¹³ möchte.

²⁰² Vgl. ebd., S. 3, Z. 24–26.

²⁰³ Ebd., S. 3, Z. 20–21.

²⁰⁴ Vgl. ebd., S. 3, Z. 23–29.

²⁰⁵ Vgl. ebd., S. 2, Z. 14–17.

²⁰⁶ Ebd., S. 8, Z. 33–36.

²⁰⁷ Vgl. ebd., S. 5, Z. 23–24.

²⁰⁸ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S1*. S. 8, Z. 3–6.

²⁰⁹ Ebd., S. 8, Z. 27–28.

²¹⁰ Ebd., S. 8, Z. 30.

²¹¹ Ebd., S. 8, Z. 33.

²¹² Ebd., S. 9, Z. 16.

²¹³ Ebd., S. 9, Z. 23.

Dazu zählt sowohl die Unterstützung einer Projektgruppe des Jugendstadtrates als auch die sofortige Mitgliedschaft im Förderverein²¹⁴.

Nach der Amtszeit hat S2 sich politisch nicht weiter engagiert, der Jugendstadtrat hat S2 aber politisiert und ein tieferes Verständnis für Verwaltung vermittelt²¹⁵. Dieses Wissen nutzt sie heute beruflich, da sie im journalistischen Bereich arbeitet und dort das politische Verständnis aus dem Jugendstadtrat unmittelbar einsetzen kann²¹⁶. S2 kann sich einen Eintritt in eine Partei dennoch vorstellen. Die Aussage, dass ein „Mitgliedsantrag [...] schon wieder auf dem Tisch“ liegt, verdeutlicht seine dahingehende Offenheit. Darüber hinaus sieht S2 für sich selbst höchstens punktuelles Engagement im kulturellen Bereich. Er beschreibt, dass er sich für Freunde „bei Partys, Veranstaltungen“²¹⁷ und kleinen Konzerten engagiert, wobei dies eher dem privaten Umfeld als einer verbindlichen ehrenamtlichen Tätigkeit entspricht.

Bereits während ihrer Amtszeit ist S3 2019 dem Bündnis 90/die Grünen beigetreten²¹⁸. Im Rahmen der Partei ist S3 heute aktiv in der erweiterten Fraktion sowie im Vorstand und S3 kandidiert auf der Ratsliste für die Kommunalwahl 2025, wodurch sich das politische Engagement formal auf kommunaler Ebene fortsetzt²¹⁹. Zusätzlich lebt ihr politisches Interesse auch weiter, etwa im Vorstand *Max-Leven-Zentrum*²²⁰ sowie bei *Fridays for Future*, bei denen er die Solinger Ortsgruppe mit angestoßen hat²²¹. Ihr politisches Interesse wird somit auch außerhalb parteistrukturierter Arbeit ausgeführt.

S4 berichtet „schon während den letzten Monaten“²²² der Amtszeit im Jugendstadtrat als Mitglied einer Partei beigetreten zu sein, jedoch begann das aktive Engagement bewusst erst nach dem Ende der Amtszeit. S4 hatte bereits im Vorfeld überlegt, ob das politische Engagement weiter geht und sah „Parteien als Mittel zum Zweck, einfach eine Organisation“²²³ um sich effektiv zu engagieren. Das parteipolitische Engagement baute S4 anschließend konsequent aus. Zuerst hat S4 sich „in den Vorstand der Jugendorganisation wählen lassen“²²⁴ und dann Schritt für Schritt weitere Positionen in der Partei eingenommen. Damit

²¹⁴ Vgl. ebd., S. 9, Z. 23–28.

²¹⁵ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S2*. S. 5, Z. 4–20.

²¹⁶ Vgl. ebd., S. 4, Z. 32 ff.

²¹⁷ Ebd., S. 5, Z. 23.

²¹⁸ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S3*. S. 8, Z. 30.

²¹⁹ Vgl. Grüne Solingen / Ratsportal Solingen

²²⁰ Waldmann, S. (2025). *Transkript S3*. S. 9, Z. 16.

²²¹ Vgl. ebd., S. 5, Z. 30–33.

²²² Waldmann, S. (2025). *Transkript S4*. S. 5, Z. 1–2.

²²³ Ebd., S. 4, Z. 35.

²²⁴ Ebd., S. 5, Z. 7.

machte sie den Schritt vom Jugendstadtrat in die Parteipolitik, der sich seit dem „14. Lebensjahr bis jetzt“²²⁵, 13 Jahre später, als politische Linie durch das Leben zieht. Neben der Parteiarbeit blieb S4 dem Jugendstadtrat über den Förderverein, dem sie bereits bei seiner Gründung beitrug und in dem sie seit 2019 im Vorstand ist, verbunden.²²⁶ Seit ihrem 10. Lebensjahr (2008) bis Anfang 2025 war S4 sportlich „im Ohligser-Turnverein [...] in der Tervando-Abteilung ehrenamtlich aktiv“²²⁷. Der Schwerpunkt von S4 verlagerte sich klar auf die Politik, verstärkt auch durch das Studium der Politikwissenschaft.²²⁸

5.3.8 Perspektive auf den Jugendstadtrat heute

S1 beschrieb den Jugendstadtrat heute als „aktiv, motiviert und engagiert“²²⁹, wies jedoch auch darauf hin, dass nur ein Teil der Mitglieder konsequent Verantwortung übernimmt. Dabei ist S1 lieber, dass weniger Mitglieder effektiv arbeiten, als viele nichts bewegen und betont damit die Bedeutung von Qualität vor Quantität²³⁰. Gleichzeitig formulierte S1 klare Erwartungen an eine institutionelle Weiterentwicklung. Das „Rederecht hätten wir natürlich auch sehr gerne“²³¹ im Stadtrat, berichtete S1 und macht deutlich, dass ein offizielles Rederecht ein zentraler Schritt für mehr Mitbestimmung und Anerkennung wäre. Auch die Frage der Aufwandsentschädigung sieht S1 als Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit. S1 hofft auf eine Vergütung für Jugendstadratsmitglieder „zumindest für seine eigenen Sitzungen“²³². Darüber hinaus fordert S1, dass der Jugendstadtrat „in jeglicher Hinsicht ernst genommen wird, von allen Parteien, [...] also gerade auch [von der] Stadtverwaltung“²³³. Die institutionelle Stärkung sieht S1 nicht nur in Anerkennung, sondern auch in Ressourcen. S1 wünscht sich für die Geschäftsstelle, dass man „aus 100% vielleicht 130% macht“²³⁴, und somit eine fachliche Verstärkung entsteht, etwa durch einen „Politikwissenschaftler [...], der [...] auf einem ganz anderen Level unterstützen könnte“²³⁵.

S2 nimmt den aktuellen Jugendstadtrat als deutlich sichtbarer wahr und hebt damit die gestiegene Wahrnehmung in der Stadtgesellschaft hervor²³⁶. Durch das Rede- und

²²⁵ Ebd., S. 5, Z. 24.

²²⁶ Vgl. ebd., S. 6, Z. 10–17.

²²⁷ Ebd., S. 6, Z. 20–21.

²²⁸ Vgl. ebd., S. 5, Z. 14–16.

²²⁹ Waldmann, S. (2025). *Transkript S1*. S. 10, Z. 2–3.

²³⁰ Vgl. ebd., S. 10, Z. 2–3.

²³¹ Ebd., S. 12, Z. 16–19.

²³² Ebd., S. 12, Z. 23.

²³³ Ebd., S. 12, Z. 33–36.

²³⁴ Ebd., S. 13, Z. 15.

²³⁵ Ebd., S. 13, Z. 21–22.

²³⁶ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S2*. S. 5, Z. 27–33.

Antragsrechts haben laut S2 die Mitglieder „mehr Stimme auf einmal in Solingen bekommen“²³⁷. S2 sieht die Möglichkeit, direkt in Ausschüssen zu sprechen und Anträge einbringen zu können, als zentrales Instrument für mehr Wirksamkeit²³⁸. Zudem verweist S2 auf die veränderte Kultur im Jugendstadtrat im Vergleich zu seiner eigenen Amtszeit. S2 hebt hervor, dass durch den Wechsel in der Geschäftsstelle Veränderungen entstanden, so zum Beispiel in der Veranstaltungsvielfalt. Damit stellte S2 fest, dass der Jugendstadtrat heute eine größere Vielfalt an Aktivitäten aufweist und breitere Zielgruppen anspricht²³⁹.

S3 beschrieb: der Jugendstadtrat heute ist „fester Bestandteil der Kommunalpolitik in Solingen“²⁴⁰. Aus ihrer Sicht ist das Gremium im Vergleich zu früher deutlich „professionalisiert“²⁴¹ und ist „offener für Jugendliche, die noch keine oder wenig Berührungspunkte mit Politik hatten“²⁴² geworden. Diese Professionalisierung führt dazu, dass der Jugendstadtrat „noch politischer tätig ist als wahrscheinlich früher“²⁴³. Gleichzeitig betont S3, dass diese Entwicklung nur mit mehr institutionellen Ressourcen gesichert werden kann. Sie forderte, „dass die hauptamtliche Unterstützung in Zukunft noch stärker wird“²⁴⁴ und verweist darauf, dass es „noch mehr hauptamtliches Personal“²⁴⁵ brauche, idealerweise in Form eines interdisziplinären Teams, das sowohl sozialpädagogische als auch kommunalpolitische Expertise einbringt²⁴⁶. Auch die finanzielle Ausstattung sieht S3 als ausbaufähig. Besonders wichtig ist ihr ein Sitzungsgeld, da dies „ein Thema ist, was mit sozialer Gerechtigkeit zu tun hat“²⁴⁷. Sie argumentiert, es wäre „nur gerecht, um den Zugang zum Jugendstadtrat auch zu erhöhen“²⁴⁸. Damit verbindet S3 die Forderung nach Gleichstellung mit anderen kommunalpolitischen Gremien: „Und auch das gehört zu einer Professionalisierung eines solchen Gremiums, dass auch die Bedingungen angeglichen werden zur allgemeinen Kommunalpolitik“²⁴⁹.

S4 beschreibt den Jugendstadtrat heute als gestärktes Gremium, das deutlich an Einfluss gewonnen hat. „Der Jugendstadtrat hat in den letzten Jahren viel mehr Macht

²³⁷ Ebd. S. 6, Z. 25.

²³⁸ Vgl. ebd., S. 6, Z. 24–27.

²³⁹ Vgl. ebd., S. 6, Z. 2–4.

²⁴⁰ Waldmann, S. (2025). *Transkript S3*. S. 10, Z. 33.

²⁴¹ Ebd., S. 11, Z. 2.

²⁴² Ebd., S. 10, Z. 37 ff.

²⁴³ Ebd., S. 11, Z. 10–11.

²⁴⁴ Ebd., S. 12, Z. 4–5.

²⁴⁵ Ebd., S. 12, Z. 10.

²⁴⁶ Vgl. ebd., S. 12, Z. 10–16.

²⁴⁷ Ebd., S. 13, Z. 30–31.

²⁴⁸ Ebd., S. 13, Z. 35–36.

²⁴⁹ Ebd., S. 13, Z. 37 – S. 14, Z. 2.

dazugewonnen in der Stadtgesellschaft“²⁵⁰ und somit „mehr Ansehen auch in der Politik“²⁵¹. Damit hebt S4 hervor, dass die Rolle des Gremiums im politischen Gefüge ernster genommen wird und es sich „mehr verknüpft [...] mit den Akteuren in der Stadtgesellschaft“²⁵². Die Entwicklungen der letzten Jahre bewertet S4 insgesamt positiv. Der Jugendstadtrat bekommt, „wenn Wahlen anstehen, immer mehr Aufmerksamkeit“²⁵³. Eine kontinuierliche Anerkennung durch Politik und Verwaltung hält S4 für zentral, um den Jugendstadtrat langfristig abzusichern. Besondere Bedeutung misst S4 auch der Projektgruppenarbeit bei. S4 formuliert den Wunsch, „dass die Projektgruppen, so wie sie waren, auch mal weiter beibehalten werden.“²⁵⁴

5.4 Diskussion der Ergebnisse

5.4.1 Motivation zur Mitwirkung

Die Ergebnisse zeigen, dass die Gründe zur Aufstellung in den Jugendstadtrat wesentlich an einer Kombination aus institutionellen Impulsen, individueller Motivation und sozialer Unterstützung liegen. Besonders die Schultour erweist sich als entscheidender Rekrutierungsmechanismus, da sie niedrigschwellig über Beteiligungsmöglichkeiten informiert. S1 schildert, sie habe zuvor den Jugendstadtrat nicht gekannt, dann aber gedacht: „in Solingen gibt es Dinge, die mich ein bisschen stören [...] warum dann nicht selber [...] in der Verwaltung und Politik arbeiten, sitzen und das so ein bisschen beeinflussen“²⁵⁵. Damit bestätigt sich, dass formalisierte Informations- und Mobilisierungsangebote im schulischen Kontext einen direkten Einfluss auf politische Partizipation Jugendlicher ausüben.²⁵⁶ Darüber hinaus verdeutlichen die Aussagen von S4, dass auch familiäre Sozialisation einen erheblichen Einfluss hat. S4 kam aus einem politischen Haushalt, wurde somit schon früh politisiert und hat im Jugendstadtrat eine „Chance gesehen, auch was für mein Umfeld weiterzumachen“²⁵⁷. Dies deckt sich mit Forschungsergebnissen, die die Familie als primären Sozialisationskontext für politisches Interesse und Engagement herausstellen²⁵⁸. S2 wiederum verweist auf Eigeninitiative und Verantwortungsbewusstsein. S2 habe sich „irgendwann selbst überredet

²⁵⁰ Waldmann, S. (2025). *Transkript S4*. S. 6, Z. 31–32.

²⁵¹ Ebd., S. 6, Z. 32–33.

²⁵² Ebd., S. 6, Z. 32–33.

²⁵³ Ebd., S. 6, Z. 35.

²⁵⁴ Ebd., S. 8, Z. 16–17.

²⁵⁵ Waldmann, S. (2025). *Transkript S1*. Z. 12–16.

²⁵⁶ Böhm-Kasper, O. (2006), S. 367.

²⁵⁷ Waldmann, S. (2025). *Transkript S4*. S.1, Z. 13–16.

²⁵⁸ Vgl. Hurrelmann/Quenzel. (2016), S. 208.

[...] warum man sich denn nicht selbst bewirbt“²⁵⁹. Dieses Beispiel zeigt, dass jugendliches Engagement nicht nur durch externe Impulse entsteht, sondern auch durch die Internalisierung von Verantwortung für die eigene Altersgruppe. Auffällig ist zudem, dass bei allen Befragten die Motivation nicht primär parteipolitisch, sondern durch unmittelbare Gestaltungsbedürfnisse geprägt war. S3 schilderte, sie sei nach einem Schülerpraktikum und der Ermutigung des Lehrers zur Kandidatur bewegt worden²⁶⁰. Dies bestätigt die Annahme, dass Jugendparlamente in erster Linie niedrigschwellige Einstiegsorte in politische Partizipation darstellen, die nicht über klassische Parteistrukturen vermittelt werden. Auffällig ist, dass die Wahrnehmung und Unterstützung der Familien sehr unterschiedlich sind. Während die Familie S3 und S4 beim Wahlkampf unterstützt haben und schon zuvor politische Themen zum häuslichen Alltag dazu gehörten, reagierte bei S1 das Umfeld skeptisch. Dies verdeutlicht, wie wichtig es ist, ein Angebot zur Aufstellung für die Jugendstadtratswahl zu schaffen, dass unabhängig vom sozialen Hintergrund und für alle Schulformen ist, sodass alle Jugendlichen in der Stadt erreicht werden können.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die Mitwirkung im Jugendstadtrat durch die Verschränkung von institutioneller Rahmung (z. B. Schultour), sozialer Unterstützung (Familie, Lehrkräfte, Freunde) und individueller Motivation begünstigt wird. Damit bestätigt sich sowohl die Relevanz klassischer Sozialisationsinstanzen als auch die Bedeutung niedrigschwelliger institutioneller Zugänge für jugendliches Engagement.

5.4.2 Erlernte Kompetenzen

Die Interviews verdeutlichen, dass alle Befragten durch die Mitgliedschaft im Jugendstadtrat substanzielle Kompetenzen erworben haben. Der Jugendstadtrat fungierte als Lern- und Erfahrungsraum, in dem politische, soziale und personale Fähigkeiten entwickelt werden konnten. S1 beschrieb die Zeit im Gremium als prägend für ihre berufliche Orientierung, da ihr die Mitgliedschaft geholfen habe, „die richtige Ausbildung zu finden und [...] den richtigen Weg [...] einzuschlagen“²⁶¹. Damit wird deutlich, dass der Jugendstadtrat nicht nur als Ort politischer Beteiligung fungierte, sondern zugleich als biografisch wirksame Sozialisationsinstanz im Sinne der Kompetenz- und Identitätsentwicklung. S2 hob insbesondere kommunikative und soziale Fähigkeiten hervor. S2 berichtete, dass ihr Durchhaltevermögen gestärkt wurde, da Projekte oft langwierig waren. Zudem habe die Tätigkeit im Jugendstadtrat ihre Persönlichkeitsentwicklung gestärkt, insbesondere im Hinblick auf ihr

²⁵⁹ Waldmann, S. (2025). *Transkript S2*. S.1, Z. 18–21.

²⁶⁰ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S3*. S.1, Z. 9–13.

²⁶¹ Waldmann, S. (2025). *Transkript S1*. S. 14, Z. 13–14.

Selbstbewusstsein und Auftreten. Diese Ergebnisse zeigen, dass Jugendparlamente als Trainingsfeld demokratischer Schlüsselkompetenzen wirken²⁶². Auch S3 verweist auf die identitäts- und kompetenzstiftende Wirkung. Sie bezeichnet den Jugendstadtrat rückblickend als „eine Riesenchance, sich weiterzuentwickeln“²⁶³ und die Aufstellung sei eine „prägende Entscheidung geworden für das weitere Leben“²⁶⁴. Neben Stadtkenntnissen knüpfte sie Netzwerke und erwarb politisches Wissen²⁶⁵. Diese Befunde bestätigen Konzepte der politischen Sozialisation, wonach Partizipationserfahrungen in Jugendgremien Selbstwirksamkeit fördern und die politische Handlungsfähigkeit nachhaltig stärken²⁶⁶. S4 hebt ebenfalls die Rolle des Jugendstadtrats für Wissens- und Kompetenzzuwachs hervor. Sie erwarb organisatorische Fähigkeiten und persönliche Kompetenzen – verstärkt durch den Rollenwechsel vom Mitglied zur Vorsitzenden. Rückblickend betont sie, dass diese Zeit sie nicht nur in der Berufswahl bestärkt, sondern auch „in dem politischen Handeln und Bewusstsein geprägt“ habe und „tut das auch immer noch“²⁶⁷. Diese Aussagen bestätigen die Nachhaltigkeit der im Jugendstadtrat erworbenen Lernprozesse, die sowohl fachliche als auch personale Dimensionen umfassen.

Es lässt sich festhalten, dass der Jugendstadtrat als Lernfeld für Verantwortungsübernahme, Kommunikation, Projektarbeit und politisches Wissen fungierte. Alle Befragten berichten von einem erheblichen Kompetenzzuwachs, der sowohl kurzfristig die Arbeit im Gremium professionalisierte als auch langfristig die persönliche Entwicklung, die berufliche Orientierung und das politische Selbstverständnis prägte.

5.4.3 Wahrgenommene Wirkung

Die Interviews verdeutlichen, dass die Mitglieder des Jugendstadtrats ihre Arbeit durchweg als wirksam erlebten, wobei sich unterschiedliche Dimensionen der Wirkung zeigen: von der Umsetzung konkreter Projekte über die symbolische Anerkennung bis hin zu institutionellen Errungenschaften. Damit bestätigt sich die Annahme, dass Partizipationserfahrungen nicht nur unmittelbare Handlungsräume eröffnen, sondern auch das Gefühl politischer Selbstwirksamkeit stärken.

Für S1 zeigte sich die erlebte Wirkung insbesondere in der Umsetzung konkreter Projekte und in der gestiegenen politischen Wahrnehmung durch ihre Rolle als Vorsitzende. Sie

²⁶² Vgl. Richter, D. (2015). S. 78.

²⁶³ Waldmann, S. (2025). *Transkript S3*. S. 3, Z. 19–20.

²⁶⁴ Ebd., S. 14, Z. 7–8.

²⁶⁵ Vgl. ebd., S. 3, Z. 23–26.

²⁶⁶ Vgl. Merkel. (2014). S. 156.

²⁶⁷ Waldmann, S. (2025). *Transkript S4*. S. 8, Z. 33 ff.

betont, dass die Erfolge in Projekten und in der Ratsarbeit entscheidend zur Erfahrung von Wirksamkeit beitrugen und dies zugleich die persönliche Selbstwirksamkeit stärkte²⁶⁸. Damit wird deutlich, dass die institutionelle Einbettung des Jugendstadtrats es ermöglicht, die klassische Spannung zwischen jugendlicher Initiative und formaler Politik zu überwinden, indem Projektideen direkt in politische Entscheidungen einfließen können²⁶⁹. Auch S2 erlebte Wirkung in der Kombination aus ihrer Funktion als Vorsitzende, der erfolgreichen Umsetzung von Projekten und der Resonanz durch andere Jugendliche. S2 beschrieb, dass die Funktion des Vorsitzes nicht nur mit größerer Sichtbarkeit, sondern auch mit einer Multiplikatorenrolle verbunden ist.²⁷⁰ Diese Beobachtung deckt sich mit Befunden der Jugendbeteiligungsforschung, die zeigen, dass repräsentative Rollen in Kinder- und Jugendparlamenten die Wirksamkeitserfahrung verstärken, zugleich aber auch die Gefahr von Hierarchisierung bergen. S3 nimmt die Wirkungserfahrungen stärker auf der institutionellen Ebene wahr. Besonders prägend war für S3 die Einführung verbindlicher Rechte, die „als Bereicherung wahrgenommen“²⁷¹ wurden. Zugleich berichtet S3 von zivilgesellschaftlich-aktivistischen Aktionen wie der Demonstration nach dem Brand im Flüchtlingscamp Moria, die durch ihre Symbolkraft Wirkung entfaltet hätten. Damit zeigt sich, dass Wirksamkeit im Jugendstadtrat nicht nur durch klassische Projektarbeit entsteht, sondern auch durch symbolische Politik und Allianzen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren. Dieser Befund knüpft an Konzepte der „Advocacy Democracy“ an, die die Bedeutung von symbolischen Handlungen und öffentlichen Interventionen für politische Wirksamkeit hervorheben²⁷². S4 verknüpft die Wahrnehmung von Wirksamkeit stark mit Projekten, die unmittelbare Rückmeldung von Jugendlichen ermöglichten.²⁷³ Die Wirkung des Jugendstadtrats beruht somit nicht nur auf formalen Entscheidungen, sondern auch in direkter Begegnung und gesellschaftlicher Teilhabe. Dies verweist auf die Bedeutung von Empowerment-Prozessen, die insbesondere durch integrative Maßnahmen wie Begegnungsprojekte gefördert werden.

Die Erfahrung von Wirksamkeit im Jugendstadtrat umfasst unterschiedliche Ebenen: S1 und S2 betonen Projekterfolge und die Rolle des Vorsitzes, S3 hebt institutionelle Errungenschaften und symbolische Aktionen hervor, während S4 die soziale Wirkung in direkter Interaktion mit Jugendlichen in den Vordergrund stellt. Diese Vielfalt verdeutlicht, dass Kinder- und Jugendparlamente nicht eindimensional wirken, sondern sowohl strukturelle,

²⁶⁸ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S1*. S. 2, Z. 27–34.

²⁶⁹ Vgl. Merkel. (2014). S. 159.

²⁷⁰ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S2*. S. 5, Z. 12–13.

²⁷¹ Waldmann, S. (2025). *Transkript S3*. S. 10, Z. 11–14.

²⁷² Vgl. Saward. (2010).

²⁷³ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S4*. S. 3, Z. 6–7.

symbolische als auch soziale Wirkungsebenen entfalten. Damit tragen sie wesentlich zur Entwicklung politischer Selbstwirksamkeit, zur Legitimität jugendpolitischer Beteiligung und zur Stärkung demokratischer Praxis auf kommunaler Ebene bei.

5.4.4 Herausforderungen und Hürden

Neben den positiven Erfahrungen beschrieben die Interviewten auch vielfältige Hürden, die ihre Arbeit im Jugendstadtrat erschwerten. Diese lassen sich sowohl auf äußere Rahmenbedingungen als auch auf institutionelle Strukturen zurückführen.

Für S1 war die größte Herausforderung zunächst die Pandemie, die persönliche Begegnungen und den Aufbau von Verbindlichkeit stark erschwerte. Darüber hinaus betont sie, dass jugendpolitisches Engagement oftmals nicht ernst genommen wurde. So berichtete sie von Erfahrungen in Ausschüssen und Fraktionssitzungen, in denen das Alter, ihre Rolle und damit verbundene Unerfahrenheit und die Meinungen der Jugendlichen nicht berücksichtigt wurden.²⁷⁴ Die Anerkennung der jugendlichen Perspektive war nicht selbstverständlich, sondern hing von der Haltung einzelner erwachsener Akteure ab. In der Partizipationsforschung wird dies als Problem der „Tokenism“ bezeichnet, also der symbolischen Beteiligung ohne echte Augenhöhe²⁷⁵. Auch S2 schilderte, dass die Arbeit im Jugendstadtrat von strukturellen Grenzen geprägt war. Für sie bestand die Hürde weniger in einem Mangel an Ideen, sondern in der Langwierigkeit politischer Prozesse und einer fehlenden Rahmung, die es erschwerte, Projekte zügig und zielgerichtet umzusetzen²⁷⁶. Dieses Spannungsfeld verweist auf das Demokratiedefizit vieler Jugendgremien: Einerseits werden hohe Erwartungen an Kreativität gestellt, andererseits fehlt es an klaren Strukturen und institutioneller Rückendeckung²⁷⁷. S3 legt den Schwerpunkt auf die institutionellen Hürden der eingeschränkten Mitgestaltungsmöglichkeiten und der Abhängigkeit von der persönlichen Einstellung der Politiker*innen und der Verwaltung.²⁷⁸ Diese Abhängigkeit verdeutlicht, dass Jugendliche nicht auf Augenhöhe in politische Prozesse eingebunden waren. Damit bestätigt sich die Diagnose der Demokratieforschung, dass Partizipationsrechte ohne institutionelle Verbindlichkeit prekär bleiben und jederzeit eingeschränkt werden können²⁷⁹. Für S4 bestand die zentrale Herausforderung in der mangelnden Gleichstellung in Ausschüssen und im Umgang der Verwaltung mit übergeordneten Themen. Sie berichtet, dass Flucht

²⁷⁴ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S1*. S. 5, Z. 13 ff.

²⁷⁵ Vgl. Hart. (1992). S. 8.

²⁷⁶ Vgl. Transkript S2, S. 6, Z. 15 ff.

²⁷⁷ Vgl. Sturzenhecker. (2010). S. 97.

²⁷⁸ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S3*. S. 4, Z. 32.

²⁷⁹ Vgl. Merkel. (2014). S. 164.

und Migration 2015/16 kaum diskutiert wurden und dies für sie verdeutlichte, dass auch gesamtgesellschaftliche Fragen jugendpolitisch relevant sind. Sie resümiert, dass der Jugendstadtrat „strukturell nicht als gleichberechtigter Akteur anerkannt“²⁸⁰ wurde. Gleichzeitig erkennt sie aber Verbesserungen in den folgenden Jahren an, insbesondere durch die Einführung des Rede- und Beratungsrechts 2022²⁸¹. Dieser Befund verweist darauf, dass institutionelle Reformen langfristig entscheidend sind, um Beteiligung auf Augenhöhe sicherzustellen. Diese Einschränkungen machen deutlich, dass es einer intensiven Aufklärungsarbeit und eines längeren Prozesses bedarf, um die Haltung der etablierten politischen Akteur*innen zu verändern und sie davon zu überzeugen, die Perspektiven der Jugendlichen gleichberechtigt zu berücksichtigen und in Entscheidungsprozesse zu integrieren. Dafür ist es wichtig, regelmäßig Räume des Austauschs zu schaffen, in denen nicht nur Begegnung zwischen Jugendlichen und älteren Aktiven ermöglicht wird, sondern die Jugendlichen zugleich fachlich begleitet werden, sodass ein geschützter Rahmen entsteht. Eine strukturelle Verankerung von Jugendpartizipation trägt dazu bei, dass Kommunalpolitiker*innen schrittweise an die Einbindung junger Menschen gewöhnt werden. Darüber hinaus braucht es gezielte Konzepte und kontinuierliche Arbeit insbesondere mit jenen, die dem Engagement von Jugendlichen skeptisch gegenüberstehen oder es bewusst zu vermeiden versuchen.

Es wird deutlich, dass die größten Hürden in einem Mangel an Anerkennung, fehlender Verbindlichkeit und unklaren Rahmenbedingungen lagen. Gemeinsam war allen Befragten die Erfahrung, dass Jugendliche in politischen Gremien häufig nicht als gleichrangige Akteure wahrgenommen wurden. Unterschiede zeigen sich jedoch in der Gewichtung: Während S1 und S2 vor allem äußere Faktoren wie Pandemie und langsame Abläufe betonen, heben S3 und S4 strukturelle Grenzen hervor, die vor allem vor der Einführung des Rede- und Beratungsrechts spürbar waren. Damit bestätigen die Ergebnisse die These, dass Jugendparlamente ihre Wirksamkeit dort verlieren, wo ihnen formale Rechte und institutionelle Rückendeckung fehlen.²⁸²

5.4.5 Unterstützende Strukturen

Die Interviews machen deutlich, dass die Arbeit des Jugendstadtrats nicht nur durch Hürden geprägt war, sondern auch von verschiedenen unterstützenden Strukturen getragen wurde, die maßgeblich zur Handlungsfähigkeit und Wirksamkeit des Gremiums beitrugen.

²⁸⁰ Waldmann, S. (2025). *Transkript S4*. S. 2, Z. 26 ff.

²⁸¹ Waldmann, S. (2025). *Transkript S4*. S. 2, Z. 32–33

²⁸² Vgl. Nanz/Fritsche. (2012). S. 211.

S1 hebt hervor, dass die politische Rückendeckung durch Fraktionen und die Begleitung durch die Verwaltung entscheidende Faktoren waren, die die Arbeit strukturell absicherten. Sie betont die Begleitung durch die Geschäftsstelle als besonders wichtig, da diese eine verlässliche Ansprechperson darstelle und den Jugendlichen Orientierung gebe.²⁸³ Durch die Neubesetzung der Geschäftsstelle seit 2024 wurde ihr deutlich, dass die Qualität der Geschäftsstelle sehr von der personellen Besetzung abhängig ist. Damit wird deutlich, dass politische Partizipation Jugendlicher nicht isoliert betrachtet werden kann, sondern institutionelle Infrastruktur benötigt, die Kontinuität und Verbindlichkeit schafft.²⁸⁴ Auch S2 hob die institutionelle Begleitung hervor und beschrieb, dass sie sich gut unterstützt gefühlt habe.²⁸⁵ Besonders wichtig sei für sie der Förderverein gewesen.²⁸⁶ Auffällig hierbei ist, dass die Erfahrungen bezüglich der personellen Unterstützung von S1 und S2 aus dem gleichen Jugendstadtrat stammen. Dies verdeutlicht die unterschiedliche Wahrnehmung, je nachdem in welchem Bereich sich die Mitglieder engagieren. Unterstützungsstrukturen sollten nicht nur Rückhalt bieten, sondern auch Ermöglichungsräume schaffen, die Jugendliche ermutigen, größere Projekte zu realisieren. Dies bestätigen theoretische Ansätze, die betonen, dass Partizipationsprojekte nur dann innovatives Potenzial entfalten können, wenn sie durch Ressourcen und Schutzzräume flankiert werden²⁸⁷. Für S3 spielte neben der Geschäftsstelle und der Jugendförderung insbesondere die Vernetzung mit anderen Gremien eine große Rolle. Diese intergenerationalen Allianzen stärkten die Durchsetzungskraft, wie bei der Forderungen nach Rede- und Antragsrechten.²⁸⁸ Damit bestätigt sich die Netzwerkperspektive, wonach politische Wirkung nicht nur aus der eigenen Organisation entsteht, sondern durch Kooperationen mit anderen Akteuren verstärkt wird.²⁸⁹ Auch S4 betont, dass die Wahrnehmung von Wirksamkeit stark von der Qualität institutioneller Unterstützung abhängig war. S4 hebt hervor, dass der damalige Abteilungsleiter der Jugendförderung ein präsenter Ansprechpartner war und sie häufig in die Räumlichkeiten der Jugendförderung ging, um Dinge persönlich vorzubereiten²⁹⁰. Diese enge Anbindung bot Verlässlichkeit und Orientierung. Hier wird deutlich, dass nicht allein die Initiative der Jugendlichen ausschlaggebend war, sondern dass institutionelle Rahmenbedingungen maßgeblich beeinflussten, wie stabil und wirksam die Arbeit des Jugendstadtrats sein konnte.

²⁸³ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S1*. S. 6, Z. 21–24.

²⁸⁴ Vgl. Sturzenhecker. (2010). S. 112.

²⁸⁵ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S2*. S. 7, Z. 11–12.

²⁸⁶ Vgl. ebd., S. 7, Z. 14–17.

²⁸⁷ Vgl. Nanz/Fritsche. (2012). S. 227.

²⁸⁸ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S3*. S. 5, Z. 12–14.

²⁸⁹ Vgl. Rhodes. (1997). S. 53.

²⁹⁰ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S4*. S. 6, Z. 2–6.

Es zeigt sich, dass die Geschäftsstelle, die Jugendförderung, der Förderverein sowie partiübergreifende Netzwerke zentrale Unterstützungsstrukturen des Jugendstadtrates darstellen. Sie gewährleisteten organisatorische Stabilität und fachliche Orientierung und schafften politische Anschlussfähigkeit. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Wirksamkeit dieser Strukturen stark von der Qualität und Kontinuität der personellen Unterstützung abhängt. Fehlt diese aufgrund von Krankheit, Urlaub oder unzureichender Betreuung, kann dies die Arbeit und Motivation der Mitglieder des Jugendstadtrates erheblich beeinträchtigen. Um die Handlungsfähigkeit des Jugendstadtrats langfristig zu sichern und seine politische Wirksamkeit zu stärken, erscheint daher ein personeller Ausbau auf zwei feste Stellen sinnvoll. Ergänzend wäre eine regelmäßige Evaluation hilfreich, um ein aktuelles Meinungsbild der Mitglieder über das wahrgenommene Maß an Unterstützung zu erhalten. Nur durch eine kontinuierliche strukturelle Unterstützung kann eine verlässliche und nachhaltige Arbeitsgrundlage gewährleistet werden. Auch wenn die vorhandene Wahlordnung und Satzung des Jugendstadtrates von den Befragten nicht ausdrücklich genannt wurden, wird deutlich, dass die rechtliche Festschreibung der Rahmenbedingungen eine wichtige Stabilisierungsfunktion hat. Sie trägt dazu bei, dass grundlegende Strukturen, wie beispielsweise die Projektgruppenarbeit, nicht leicht infrage gestellt und verändert werden können. Aus theoretischer Perspektive unterstreichen die Ergebnisse, dass nachhaltige Jugendbeteiligung auf die Kombination von institutioneller Einbettung, ressourcenorientierter Begleitung und kooperativen Netzwerken angewiesen ist.

5.4.6 Emotionale Prägung

Die Auswertung der Interviews mit S1 bis S4 zeigt, dass die Amtszeit im Jugendstadtrat für alle Beteiligten nicht nur ein politisches Engagement darstellte, sondern eine tiefgreifende emotionale und biografische Wirkung entfaltete. Damit wird sichtbar, dass Jugendparlamente sowohl politische Lernorte, als auch Räume identitätsstiftender Erfahrungen sind²⁹¹.

Für S1 entstand die enge Verbundenheit mit dem Gremium, die den Übergang zu einer neuen Lebensphase nach dem Jugendstadtrat als beängstigend erscheinen lässt²⁹². In Bezug auf die erfolgreiche Umsetzung von Projekten bekam S1 ein Gefühl von Stolz und Zufriedenheit. Die Jugendlichen konnten aus einer zunächst kleinen Idee ein bedeutendes Projekt entwickeln, das sich als voller Erfolg erwies.²⁹³ Bemerkenswert ist zudem der Unterschied zwischen der Zeit im 12. und 13. Jugendstadtrat. Da die Online-Arbeit im 12.

²⁹¹ Vgl. Keupp et al. (2006). S. 112.

²⁹² Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S1*. S. 7, Z. 3–5.

²⁹³ Vgl. ebd., S. 3, Z. 22–24.

Jugendstadtrat zu einer gewissen Distanz führte, lernte S1 viele Mitglieder erst spät kennen, wodurch sich keine enge emotionale Bindung entwickeln konnte.²⁹⁴ Diese emotionale Bindung wuchs beim 13. Jugendstadtrat bereits beim ersten Kennenlernetreffen, wodurch auch enge Freundschaften entstanden. Damit wird deutlich, dass emotionale Bindung stark durch soziale Nähe geprägt wird. Darüber hinaus waren die emotionalen Erfahrungen direkt mit der beruflichen Entwicklung verknüpft.²⁹⁵ Bei S2 war das Ende der Amtszeit von ambivalenten Gefühlen geprägt, da das Engagement einerseits gerne ausgeübt wurde, andererseits jedoch mit dem Abschluss eines bedeutenden Lebensabschnitts verbunden war.²⁹⁶ Zudem hob S2 die Teamarbeit hervor. Projekte seien als gemeinsames Wirken erlebt worden²⁹⁷. Diese Erfahrungen stärkten nicht nur das Gefühl der Selbstwirksamkeit, sondern wirkten auch auf ihre berufliche Orientierung aus, da sie die Dynamiken des Stadtgeschehens heute journalistisch begleitet. Damit bestätigt sich, dass emotionale Erfahrungen wie Stolz und Verantwortung zentrale Marker biografischer Prägung sind, die berufliche Weichenstellungen mit beeinflussen.²⁹⁸ Für S3 wiederum war die emotionale Bindung besonders stark. Sie beschreibt die sechs Jahre im Jugendstadtrat als „prägende Entscheidung [...] für das weitere Leben“²⁹⁹ und als Möglichkeit der Weiterentwicklung.³⁰⁰ Insgesamt war die emotionale Prägung von S3 von Stolz auf erreichte Erfolge, Melancholie beim Abschied und Dankbarkeit für gewonnene Erfahrungen gekennzeichnet. Gleichzeitig stellte der Jugendstadtrat für S3 den entscheidenden Ausgangspunkt für eine berufliche und politische Laufbahn dar, die bis heute andauert und ihr Selbstverständnis nachhaltig geprägt hat. Damit zeigt sich, dass emotionale Intensität und institutionelle Erfahrungen eng miteinander verwoben sind. Auch S4 beschreibt die Zeit im Jugendstadtrat als „intensiv, schön und sehr lehrreich“³⁰¹. Besonders prägend war das Erleben von Sinnhaftigkeit, das sich im engen Zusammenwachsen der Gruppe und in der Entstehung von Freundschaften zeigt.³⁰² Beim Abschied überwogen gemischte Gefühle aus Traurigkeit und Erleichterung.³⁰³ Insgesamt zeigt sich bei S4 eine emotionale Prägung, die von Sinnstiftung, Traurigkeit beim Abschied, aber auch Stolz über erzielte Ergebnisse bestimmt war. Zugleich wirkte die Amtszeit

²⁹⁴ Vgl. ebd., S. 7, Z. 11–14.

²⁹⁵ Vgl. ebd., S. 14, Z. 12–13.

²⁹⁶ Waldmann, S. (2025). *Transkript S2*. S. 1, Z. 20–21 / S. 4, Z. 1.

²⁹⁷ Ebd., S. 3, Z. 33–37.

²⁹⁸ Vgl. Hurrelmann, K./ Quenzel, G. (2016). S. 211.

²⁹⁹ Waldmann, S. (2025). *Transkript S3*. S. 14, Z. 7–8.

³⁰⁰ Vgl. ebd. S. 3, Z. 19–20.

³⁰¹ Waldmann, S. (2025). *Transkript S4*. S. 3, Z. 14–15.

³⁰² Vgl. ebd., S. 3, Z. 21–22.

³⁰³ Vgl. ebd., S. 3, Z. 20–29.

stark identitäts- und berufsorientierend, da sie den Weg in die Politik und eine dauerhafte Verknüpfung von persönlichem und beruflichem Leben mit politischen Themen eröffnete.

Die Mitgliedschaft im Jugendstadtrat stellte für alle Befragten eine identitätsstiftende und prägende Erfahrung dar, die den Übergang zwischen Schule und Ausbildung beziehungsweise Berufseinstieg entscheidend mitgeprägt hat. Diese Lebenshase, die der zugeordnet werden kann, ist durch die emotionale Ablösung von den Eltern, die Bildung einer eigenen Identität sowie die Orientierung in sozialen und gesellschaftlichen Rollen gekennzeichnet. Aus entwicklungspsychologischer Sicht beschreibt Hurrelmann (2016) die Adoleszenz als eine Lebensphase, in der Jugendliche lernen müssen, „die eigenen inneren Bedürfnisse mit den gesellschaftlichen Erwartungen in Einklang zu bringen“³⁰⁴. Die aktive Mitarbeit im Jugendstadtrat bot den Jugendlichen dabei einen konkreten Rahmen, um Selbstständigkeit zu erproben, Verantwortung zu übernehmen und gesellschaftliche Rollen bewusst zu gestalten. Durch die Auseinandersetzung mit konkreten und wirkungsorientierten politischen Themen erweitern die Befragten nicht nur ihr Wissen, sondern entwickelten auch neue Perspektiven und Wertevorstellungen.³⁰⁵ Die Wahl der Ausbildung oder ihres Studiums verdeutlicht, dass viele einen stärkeren Fokus auf sinnstiftende und zukunftsrelevante Tätigkeiten legten. Gefühle von Stolz und Dankbarkeit unterstreichen den identitätsbildenden Charakter dieser Erfahrung, während die institutionelle Einbettung zugleich nachhaltige Orientierungen im beruflichen und gesellschaftlichen Handeln eröffnete.³⁰⁶ Insgesamt verdeutlichen Ergebnisse, dass politische Sozialisation in der Jugendphase nicht nur Wissen und Kompetenzen vermittelt, sondern, insbesondere durch die emotionale Intensität solcher Erfahrungen, dauerhafte biografische Weichenstellungen ermöglicht.³⁰⁷

5.4.7 Weiteres Engagement

Die Interviews zeigen, dass der Jugendstadtrat für alle Befragten in unterschiedlicher Weise als Ausgangspunkt für weiterführendes Engagement wirkte. Es wird deutlich, dass jugendliche Partizipationserfahrungen nicht auf die Amtszeit beschränkt bleiben, sondern langfristig in politische Biografien und berufliche Orientierungen hineinwirken³⁰⁸.

Für S1 ist klar, dass das Engagement nicht enden soll. Sie betont, dass ein abruptes Ende nach sechs Jahren politischer Aktivität für sie nicht vorstellbar sei und ihr Engagement

³⁰⁴ Hurrelmann, K./ Quenzel, G. (2016). S. 23.

³⁰⁵ Vgl. Thimmel, A./ Klöckner, L. (2021). S. 93 ff.

³⁰⁶ Vgl. Oelkers. (2010). S. 98.

³⁰⁷ Vgl. Keupp et al. (2006). / Hurrelmann/Quenzel (2016). / Oelkers (2010).

³⁰⁸ Vgl. Bourdieu, A. (1983).

daher fortgeführt werden soll.³⁰⁹ Schon jetzt plant S1 einen künftigen Parteieintritt.³¹⁰ Zugleich möchte sie dem Jugendstadtrat auch nach ihrer aktiven Zeit verbunden bleiben, indem sie „in allen Formen und Varianten, die es gibt, [...] unterstützen“³¹¹ möchte. Diese Aussagen verdeutlichen, dass S1 das Engagement als logische Fortsetzung versteht und es als langfristigen Bestandteil ihrer politischen Biografie begreift. In der Forschung wird dies als „Kontinuität von Engagement“ beschrieben. Frühe Partizipationserfahrungen verstärken die Wahrscheinlichkeit dauerhaften Engagements.³¹² Für S2 hingegen stellte der Jugendstadtrat zwar eine prägende politische Erfahrung dar, sie entschied sich jedoch gegen ein direktes parteipolitisches Engagement. S2 betont, dass der Jugendstadtrat sie politisiert habe und sie dadurch ein tieferes Verständnis für Verwaltung und Politik gewann³¹³. Dieses Wissen setzt sie heute in ihrem Beruf ein und befasst sich mit kommunalpolitischen Themen.³¹⁴ Damit bleibt das Engagement zwar nicht in Form aktiver Politik erhalten, wirkt aber über die berufliche Tätigkeit im politischen Feld weiter. Dies lässt sich mit dem Konzept des „politischen Kapitals“ nach Bourdieu (1983) beschreiben: Das im Jugendstadtrat erworbene Wissen wird in anderen gesellschaftlichen Bereichen eingesetzt und entfaltet dort Wirkung.³¹⁵ S3 beschreibt den Jugendstadtrat als klaren Ausgangspunkt für tieferes Engagement. Sie engagiert sich schon während der Amtszeit in parteipolitischen Strukturen und in zivilgesellschaftlichen Organisationen³¹⁶. Der Jugendstadtrat wirkte dabei als Sprungbrett, indem er Sichtbarkeit, Netzwerke und Kompetenzen bereitstellte, die S3 seitdem in vielfältigen Rollen nutzt. In der Forschung zu Partizipationsbiografien wird hierzu beschrieben, dass frühe Erfahrungen in Jugendgremien häufig in langfristige politische Karrieren oder zivilgesellschaftliche Formen des Engagements übergehen.³¹⁷ Auch S4 sieht den Jugendstadtrat als Ausgangspunkt für ein langfristiges Engagement. S4 trat am Ende der Amtszeit einer Partei bei, begann ihr aktives Engagement jedoch erst nach der Jugendstadtratszeit, um die parteipolitische Neutralität des Gremiums zu wahren.³¹⁸ Seitdem baute S4 die Parteiarbeit kontinuierlich aus und engagiert sich zusätzlich im Vorstand des Fördervereins Jugendstadtrat. Für S4 war der Jugendstadtrat nicht nur eine prägende Lebensphase,

³⁰⁹ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S1*. S. 8, Z. 2–4.

³¹⁰ Vgl. ebd., S. 8, Z. 10–12.

³¹¹ Waldmann, S. (2025). *Transkript S1*. S. 8, Z. 16–18

³¹² Vgl. Merkel (2015). S. 157.

³¹³ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S2*. S. 5, Z. 4–20.

³¹⁴ Vgl. ebd., S. 4, Z. 32 ff.

³¹⁵ Vgl. Bourdieu, A. (1983).

³¹⁶ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S3*. S. 8, Z. 30.

³¹⁷ Vgl. Schäfer, A. (2017). S. 203.

³¹⁸ Waldmann, S. (2025). *Transkript S4*. S. 5, Z. 4–6.

sondern der entscheidende Einstieg in eine dauerhafte Verknüpfung von beruflicher Tätigkeit und zivilgesellschaftlichem Engagement.

Der Jugendstadtrat hatte für alle Befragten einen nachhaltigen Einfluss auf ihre Engagementbiografien. Während S1 direkt den Weg in parteipolitische Strukturen sucht und ihre politische Biografie fortsetzen will, blieb S2 über berufliche Tätigkeiten und kulturelles Engagement politisch wirksam. S3 und S4 wiederum verbinden politisches Ehrenamt, Beruf und institutionelle Bindung über den Förderverein. Damit bestätigt sich theoretisch, dass Jugendparlamente wichtige Sozialisationsinstanzen sein können, die politische Kontinuität, die Herausbildung politischen Kapitals und die Verstetigung zivilgesellschaftlichen Engagements befördern.

5.4.8 Perspektive auf den Jugendstadtrat heute

Die Interviews verdeutlichen, dass die Befragten den Jugendstadtrat heute insgesamt gestärkt und etabliert wahrnehmen, zugleich aber deutliche Entwicklungsbedarfe sehen. Damit wird deutlich, dass Jugendparlamente nachhaltig wirksam sind, wenn sie institutionell anerkannt, mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet und in politische Entscheidungsprozesse eingebunden sind.

Für S1 steht im Vordergrund, dass der Jugendstadtrat „aktiv, motiviert und engagiert“³¹⁹ ist. Gleichzeitig betont sie den Bedarf an Professionalisierung in Bezug auf ein Rederecht im Stadtrat.³²⁰ Ebenso wichtig sei eine bessere personelle Ausstattung. Die Geschäftsstelle sollte nach S1 personell aufgestuft werden.³²¹ Diese Aussagen verdeutlichen, dass sie mehr Rechte, Anerkennung und institutionelle Stärkung als Voraussetzungen sieht, um das Potenzial des Gremiums langfristig zu sichern. Der Zusammenhang von Anerkennung und Handlungsfähigkeit wird deutlich: Partizipation bleibt begrenzt, solange Rechte und Ressourcen fehlen.³²² Auch S2 hebt institutionelle Rechte hervor, insbesondere das Rede- und Antragsrecht, durch das die Jugendlichen mehr Möglichkeiten der direkten Beteiligung bekommen haben.³²³ Darüber hinaus hebt S2 die Veranstaltungsvielfalt als neue Stärke hervor und sieht den Jugendstadtrat heute als „aktives, präsenten Gremium“³²⁴. Damit verweist sie auf die gewachsene Sichtbarkeit des Gremiums, die in der Forschung als zentraler

³¹⁹ Waldmann, S. (2025). *Transkript S1*. S. 11, Z. 5–6.

³²⁰ Vgl. ebd., S. 11, Z. 10–11.

³²¹ Vgl. ebd., S. 12, Z. 15–16.

³²² Vgl. Hart, R. (1992).

³²³ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S2*. S. 6, Z. 24–27

³²⁴ Ebd., S. 11, Z. 3–4.

Indikator für erfolgreiche Jugendbeteiligung gilt.³²⁵ S3 beschreibt den Jugendstadtrat als festen „Bestandteil der Kommunalpolitik in Solingen“³²⁶. Für S3 ist klar, dass der Weg hin zu mehr Professionalität nur durch eine stärkere Ausstattung gesichert werden kann. S3 fordert „noch mehr hauptamtliches Personal“³²⁷ und argumentiert, dass ein Sitzungsgeld nur gerecht wäre, um die soziale Zugänglichkeit zu sichern³²⁸. Diese Position verbindet die Perspektive der Professionalisierung mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Gleichstellung, wie sie auch in der Demokratietheorie diskutiert werden.³²⁹ S4 schließlich hebt die gewachsene Anerkennung des Jugendstadtrats hervor: „Der Jugendstadtrat hat in den letzten Jahren viel mehr Macht dazugewonnen in der Stadtgesellschaft“³³⁰. Gleichzeitig benennt S4 die Bedeutung der Projektgruppen, die „Grundlage für Zusammenhalt, Freundschaften und nachhaltiges Engagement“³³¹ seien. Damit betont sie, dass neben formalen Rechten auch partizipative Strukturen auf der Mikroebene erhalten bleiben müssen, um Bindung und Wirksamkeit zu gewährleisten.

Der Jugendstadtrat wird heute als etabliert, sichtbarer und einflussreicher wahrgenommen, ist zugleich aber auf mehr Rechte, Anerkennung und Ressourcen angewiesen, um noch effektiver arbeiten zu können. Während S1 und S3 eine stärkere institutionelle Verankerung und Professionalisierung betonen, verweist S2 auf gewachsene Sichtbarkeit und zunehmende Vielfalt an Veranstaltungen. S4 hebt die soziale Dimension der Projektgruppenarbeit hervor und unterstreicht deren Bedeutung für den Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl.

5.5 Zusammenfassung des empirischen Teils

Die Auswertung der Interviews mit den ehemaligen und aktuellen Mitgliedern des Solinger Jugendstadtrats verdeutlicht die zentrale Bedeutung von Jugendparlamenten als Orte demokratischer Erfahrung, Persönlichkeitsentwicklung und politischer Wirksamkeit. Die Ergebnisse lassen sich gut im Lichte der *„Qualitätsmerkmale für starke Kinder- und Jugendparlamente“* des Deutschen Kinderhilfswerks (2017) einordnen, die die wesentlichen Säulen für erfolgreiche Jugendparlamente formulieren.

³²⁵ Vgl. Röhner, C. (2020). S. 97

³²⁶ Waldmann, S. (2025). *Transkript S3*. S. 12, Z. 10–11

³²⁷ Ebd., S. 12, Z. 13–14

³²⁸ Vgl. ebd., S. 13, Z. 30–36

³²⁹ Vgl. Merkel, W. (2015). S. 167

³³⁰ Waldmann, S. (2025). *Transkript S4*. S. 8, Z. 13–14

³³¹ Ebd., S. 8, Z. 16–17

Als erstes Ergebnis ist die Beteiligungskultur zu nennen: Alle Interviewten betonten, dass ihre Motivation zur Mitwirkung durch eine Mischung aus institutionellen Impulsen wie der Schultour, persönlichen Überzeugungen und sozialer Unterstützung entstand. Damit bestätigt sich die Relevanz niedrigschwelliger Zugänge und klarer Rekrutierungsstrukturen, wie sie in den Qualitätsmerkmalen eingefordert werden.³³² Jugendparlamente müssen für Jugendliche leicht zugänglich und offen gestaltet sein, damit politische Beteiligung nicht ausschließlich über klassische Parteistrukturen vermittelt wird³³³.

Zweitens zeigen die Ergebnisse, dass der Jugendstadtrat in Solingen für die Befragten ein zentraler Ort des Empowerments war. Alle Befragten berichten von einem Kompetenzzuwachs, insbesondere in den Bereichen Kommunikation, Moderation, Projektmanagement und politischem Wissen. Damit wird die Funktion des Jugendstadtrats als Lernfeld für Verantwortungsübernahme und Selbstwirksamkeit deutlich. Die Erfahrungen der Befragten verdeutlichen, dass Jugendbeteiligung vor allem dann wirksam wird, wenn sie an der Idee des Empowerments ausgerichtet ist. Sturzenhecker betont, dass Beteiligung in der Kommune nur dann gelingt, wenn „Kinder und Jugendliche eigene Handlungsspielräume erproben und erweitern können“³³⁴. Damit wird sichtbar, dass Empowerment als zentrale Grundlage nicht nur Mut vermittelt, sondern auch reale Möglichkeiten eröffnet, Verantwortung zu übernehmen.

Ein drittes zentrales Ergebnis betrifft die strukturelle Einbindung und institutionelle Absicherung. Die Interviews verdeutlichten, dass die Geschäftsstelle, die Jugendförderung, parteiübergreifende Netzwerke und der Förderverein tragende Säulen für die Handlungsfähigkeit des Jugendstadtrats waren. Auffällig ist hierbei, dass die Einführung des Rede- und Beratungsrechts im Jahr 2022 eine erhebliche Verbesserung darstellte. Während S3 und S4 noch schilderten, dass Redebeiträge in Ausschüssen nicht selbstverständlich waren³³⁵, berichteten S1 und S2 von positiven Folgen und einer spürbaren Anerkennung durch die neue Regelung.³³⁶ Die strukturelle Stärkung der formalen Rechte hat nicht nur die Handlungsmöglichkeiten, sondern auch das Gefühl gleichberechtigter politischer Teilhabe maßgeblich verbessert. Gleichzeitig bleibt trotz dieser Einführung der Wunsch nach weitergehender Professionalisierung und institutioneller Anerkennung bestehen. Genannt wurden insbesondere Sitzungsgelder zur Sicherung sozialer Gerechtigkeit, feste Redezeiten im Stadtrat

³³² Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk (2021). S. 9.

³³³ Vgl. ebd. S. 55 ff.

³³⁴ Sturzenhecker, B. (2010). S. 45

³³⁵ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S3*. S. 4, Z. 32. / Waldmann, S. (2025). *Transkript S4*. S. 2, Z. 26-27.

³³⁶ Vgl. Waldmann, S. (2025). *Transkript S1*. S. 6, Z. 30-31. / Waldmann, S. (2025). *Transkript S2*. S. 5, Z. 17-19.

sowie eine stärkere hauptamtliche Unterstützung. Ein Rederecht im Stadtrat würde die institutionelle Anerkennung und den Aufbau von Respekt gegenüber den Jugendlichen fördern. Ein Sitzungsgeld könnte das Engagement zusätzlich attraktiv machen und jenen Jugendlichen die Teilnahme erleichtern, die neben der Schule auf Erwerbstätigkeit angewiesen sind. Es würde zugleich ein Zeichen der Wertschätzung und Dankbarkeit für das geleistete ehrenamtliche Engagement setzen. Ein höherer Personalschlüssel in der Geschäftsstelle würde ermöglichen, die Jugendlichen individueller und bedarfsgerechter auf politische Ausschüsse und Diskussionen vorzubereiten. Dadurch könnten mehr junge Menschen, unabhängig von sozialer Herkunft, Behinderung oder persönlichen Voraussetzungen, gezielt angesprochen und einbezogen werden. Eine solche personelle und strukturelle Stärkung würde nicht nur die politische Wirksamkeit des Jugendstadtrates erhöhen, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Diversität und Chancengleichheit leisten. Diese Forderungen unterstreichen, dass Jugendparlamente langfristig nur dann wirksam sein können, wenn sie nicht als symbolische Beteiligungsgremien, sondern als gleichwertige politische Akteure anerkannt und ausgestattet werden. Damit knüpfen die Ergebnisse unmittelbar an die Qualitätsstandards des Deutschen Kinderhilfswerks an, das die „*Strukturelle Verankerung*“ als eine der zentralen Säulen starker Kinder- und Jugendparlamente beschreibt. Demnach verfügen starke Kinder- und Jugendparlamente über „institutionellen Gewährleistungen, die allen Beteiligten Verhaltens- und Erwartungssicherheit vermitteln und gleichzeitig so flexibel gehandhabt werden, dass sie den sich verändernden Lebensbedingungen junger Menschen gerecht werden“³³⁷. Der Solinger Jugendstadtrat hat mit dem Rede- und Beratungsrecht einen wichtigen Schritt in diese Richtung vollzogen, benötigt aber weitere Maßnahmen, um seine Wirksamkeit und Gleichstellung dauerhaft zu sichern.

Ein zentrales Ergebnis der Interviews ist, dass Gelegenheiten zu Selbstwirksamkeitserfahrungen entscheidend für die Identitätsbildung und die langfristige Engagementbereitschaft der Jugendlichen sind. Dies bestätigt auch Hurrelmann und Quenzel, die hervorheben, dass Jugendliche Räume benötigen, in denen sie eigenständiges Handeln erproben und so Vertrauen in die eigene Wirksamkeit entwickeln können³³⁸. Die Befragungen zeigen deutlich, dass diejenigen Mitglieder, die sich aktiv in Ausschüssen und Gremien beteiligten und dort in Entscheidungsprozesse eingebunden waren, diese Erfahrungen als prägend empfanden und ihre politische Motivation langfristig beibehielten. Dabei wird zugleich sichtbar, dass die

³³⁷ Deutsches Kinderhilfswerk (2021). S. 55.

³³⁸ Vgl. Hurrelmann/Quenzel (2016). S. 208

Art der Beteiligung die Qualität der Selbstwirksamkeitserfahrungen beeinflusst. So schilderte S2, dass er sich „eher in der Moderationsrolle“³³⁹ sah und weniger in Ausschüssen aktiv war. Seine Wirksamkeitserfahrung blieb damit stärker auf die Ebene von Veranstaltungen beschränkt, während die institutionelle Mitgestaltung im direkten Austausch mit Parteien fehlte. Dies verweist auf ein Spannungsfeld zwischen symbolischer und substantieller Beteiligung, wie es auch Hart (1992) beschreibt: Erst durch „echt Beteiligung an Projekten, die Lösungen für reale Probleme beinhalten, entwickeln junge Menschen Fähigkeiten zur kritischen Reflexion und zum Vergleich unterschiedlicher Perspektiven, die für die Selbstbestimmung politischer Überzeugungen unerlässlich sind.“³⁴⁰ Insgesamt verdeutlicht sich hier, dass substanzielle Beteiligung in Gremien und Ausschüssen besonders nachhaltig wirkt. Sie eröffnet nicht nur unmittelbare Handlungsspielräume, sondern schafft auch die Grundlage für langfristiges Engagement und eine politisch gefestigte Identität.

Der empirische Teil zeigt, dass der Solinger Jugendstadtrat zentrale Prinzipien starker Jugendparlamente erfüllt: Er bietet niedrigschwellige Zugänge, fördert Empowerment und Selbstwirksamkeit und ist institutionell eingebunden. Mit der Einführung des Rede- und Beratungsrechts 2022 wurde die politische Gleichstellung deutlich gestärkt, zugleich bleibt der Wunsch nach weiterer Professionalisierung und Anerkennung bestehen. Die Ergebnisse verdeutlichen außerdem, dass Jugendparlamente nicht nur Orte der Beteiligung sind, sondern auch als Sozialisationsinstanzen wirken, die Kompetenzen, Selbstvertrauen und politische Identität fördern. Damit bestätigt sich die Bedeutung von Jugendparlamenten als Instrumente politischer Bildung, die sowohl individuelle Entwicklungsprozesse als auch demokratische Strukturen vor Ort bereichern. Zugleich wird deutlich, dass Jugendparlamente dort nachhaltig wirksam sind, wo sie sowohl institutionell eingebettet als auch sozial verankert sind³⁴¹.

6 Implikationen für die Soziale Arbeit und Handlungsempfehlungen

Die Interviews verdeutlichen, dass die aktive Mitarbeit im Jugendstadtrat das Selbstbewusstsein, die politische Haltung und das langfristige Engagement von Jugendlichen dann besonders stärkt, wenn bestimmte strukturelle und organisatorische Voraussetzungen erfüllt sind. Dies entspricht den „Qualitätsmerkmalen für starke Kinder- und Jugendparlamente“ des Deutschen Kinderhilfswerks (2017), die betonen, dass Partizipation nur dort

³³⁹ Waldmann, S. (2025). *Transkript S2*. S. 7, Z. 28–29

³⁴⁰ Hart, R. (1992). S. 36.

³⁴¹ Vgl. Hart. (1992).

nachhaltig wirken kann, wo Empowerment, strukturelle Verankerung und ausreichende Ressourcen gegeben sind³⁴².

Für die politische Wirksamkeit ist entscheidend, dass Jugendliche verbindlich in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. In den Interviews wurde deutlich, dass der Jugendstadtrat erst durch das 2022 eingeführte Rede- und Beratungsrecht als ernsthafter politischer Akteur wahrgenommen wurde. Es zeigt sich, dass echte Mitentscheidungsrechte eine zentrale Bedingung sind, damit Jugendliche Selbstwirksamkeit erfahren und ihr politisches Selbstverständnis nachhaltig „in allen Politikfeldern, die junge Menschen betreffen und interessieren“³⁴³ gestärkt wird. Die Attraktivität der Mitarbeit hängt stark von der Möglichkeit ab, Themen selbstbestimmt und projektorientiert zu bearbeiten. S4 hebt hervor, dass „die Struktur mit den Projektgruppen bleiben sollte, weil das immer ein guter Zusammenhalt war“³⁴⁴. Projektgruppen ermöglichen Jugendlichen nicht nur fachliche Arbeit, sondern fördern auch soziale Bindungen und Motivation. Ergänzt werden muss dies durch eine zeitgemäße Öffentlichkeitsarbeit, die über Social-Media-Formate Jugendliche dort anspricht, wo sie sich im Alltag bewegen³⁴⁵. Niedrigschwellige Zugänge, wie Schultouren oder Peer-to-Peer-Rekrutierung, bleiben zentrale Voraussetzungen, um neue Mitglieder zu gewinnen und eine breite Beteiligung sicherzustellen. Damit wird sichtbar, dass Empowerment nicht nur auf der Ebene politischer Rechte, sondern auch durch Themenorientierung und Erreichbarkeit umgesetzt werden muss. Die Qualifizierung und Unterstützung der Mitglieder ist eine weitere Voraussetzung dafür, dass die Mitarbeit zu Kompetenzzuwachs und politischer Identitätsbildung führt. Regelmäßige Weiterbildungen in Rhetorik, Projektmanagement und kommunalen Entscheidungsprozessen helfen, die Jugendlichen auf Augenhöhe mit erwachsenen Akteur:innen zu bringen. Auch Mentoring-Programme durch ehemalige Mitglieder können dazu beitragen, Erfahrungen weiterzugeben. Alle Befragten betonten zudem die Bedeutung der Geschäftsstelle als feste Anlaufstelle. Ohne ausreichende personelle Ressourcen, so S1, „können [...] aktive Mitglieder nicht gut arbeiten“³⁴⁶. Hier zeigt sich, dass die Ressourcenausstattung nicht nur organisatorisch, sondern auch pädagogisch entscheidend ist: Nur wenn Jugendliche gut begleitet werden, können sie die Möglichkeiten zur politischen Beteiligung tatsächlich nutzen³⁴⁷. Damit Jugendparlamente eine nachhaltige

³⁴² Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk (2021). S. 50 ff.

³⁴³ Deutsches Kinderhilfswerk (2021). S. 54.

³⁴⁴ Waldmann, S. (2025). *Transkript S4*. S. 8, Z. 16–17.

³⁴⁵ Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk (2021). S. 57.

³⁴⁶ Waldmann, S. (2025). *Transkript S1*. S. 4, Z. 13–14.

³⁴⁷ Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk (2021). S. 52.

Wirkung entfalten, braucht es außerdem Strukturen der Verstetigung. Die systematische Dokumentation laufender und abgeschlossener Projekte sowie strukturierte Übergaben zwischen den Wahlperioden sind unerlässlich, um Wissen zu sichern und Kontinuität herzustellen. Auch personelle Wechsel in der Verwaltung dürfen nicht dazu führen, dass Projekte ins Stocken geraten. Kooperationen mit Vereinen, Kulturinstitutionen oder der lokalen Wirtschaft können diese Verstetigung zusätzlich absichern und den Handlungsspielraum, „die Reichweite und Handlungsfähigkeit“³⁴⁸ erweitern. Zusätzlich ist die Durchführung einer Evaluation bei den Mitgliedern für die Weiterentwicklung empfehlenswert. Ein jährlicher Wirkungsbericht und anonyme Feedbackmöglichkeiten für Mitglieder könnten dazu beitragen, Erfolge sichtbar zu machen und Verbesserungspotenziale zu erkennen. Damit ließe sich die Wirkung des Jugendstadtrats sowohl nach innen als auch nach außen belegen.

Die Stärkung des Selbstbewusstseins, der politischen Haltung und der gesellschaftlichen Teilhabe von Jugendlichen durch Mitarbeit in einem Jugendparlament gelingt vor allem dann, wenn drei Bedingungen erfüllt sind: strukturelle Verankerung durch verbindliche Rechte, Empowerment durch selbstbestimmte Themen und projektorientiertes Arbeiten sowie ausreichende Ressourcen und Unterstützung. Damit bestätigt sich auch der Befund des Deutschen Kinderhilfswerks, dass „starke Kinder- und Jugendparlamente über solche institutionellen Gewährleistungen [verfügen], die allen Beteiligten Verhaltens- und Erwartungssicherheit vermitteln“³⁴⁹.

7 Fazit

Die vorliegende Bachelorarbeit hatte das Ziel, am Beispiel des Solinger Jugendstadtrats zu untersuchen, welchen Einfluss die aktive Mitarbeit in einem Jugendparlament auf das Selbstbewusstsein, die politische Haltung und das langfristige Engagement junger Menschen ausübt. Ausgangspunkt war die Forschungsfrage: Inwieweit stärkt die aktive Mitarbeit in einem Jugendparlament das Selbstbewusstsein, die politische Haltung und das langfristige Interesse an gesellschaftlicher Teilhabe?

Die Ergebnisse zeigen in verdichteter Form mehrere zentrale Befunde: Die Motivation zur Mitwirkung entstand aus einer Mischung institutioneller Impulse wie der Schultour und persönlicher Überzeugungen. Damit bestätigt sich, dass Jugendparlamente

³⁴⁸ Ebd., S. 56.

³⁴⁹ Deutsches Kinderhilfswerk (2021). S. 52.

einen niedrigschwelligen Zugang zu politischer Beteiligung bieten. Die Befragten berichteten von einem deutlichen Kompetenzzuwachs, insbesondere in den Bereichen Kommunikation, Moderation, Organisation und politischem Wissen. Hier wurde der Jugendstadtrat als Lernfeld für Verantwortungsübernahme und Selbstwirksamkeit erfahren. Auch die wahrgenommene Wirkung war für die Mitglieder prägend: Erfolge in Projekten, das Rede- und Beratungsrecht im Stadtrat sowie die Resonanz in der Öffentlichkeit vermittelten Erfahrungen politischer Wirksamkeit und stärkten die politische Identität. Gleichzeitig wurden Herausforderungen sichtbar: fehlende Anerkennung, institutionelle Barrieren und teilweise mangelnde Ressourcen begrenzten die Handlungsmöglichkeiten. Die unterstützenden Strukturen, insbesondere die Geschäftsstelle, die Jugendförderung, parteiübergreifende Netzwerke und der Förderverein, trugen wesentlich zur Stabilität und Handlungsfähigkeit bei, wenngleich der Wunsch nach stärkerer Professionalisierung deutlich wurde. Darüber hinaus zeigte sich die biografische und emotionale Prägung: Die Zeit im Jugendstadtrat war für die Befragten eine identitätsstiftende Lebensphase, die oft Einfluss auf Studien- und Berufswahl nahm. Schließlich ergaben sich langfristige Engagementformen: Einige ehemalige Mitglieder traten Parteien bei, andere setzten die Erfahrungen in Berufsfeldern, Vereinen oder zivilgesellschaftlichen Bewegungen um. Besonders deutlich wurde, dass nachhaltiges Engagement vor allem dann entsteht, wenn echte Mitbestimmungserfahrungen vorlagen.

Damit kann die Forschungsfrage wie folgt beantwortet werden: Die Mitarbeit im Jugendstadtrat stärkt das Selbstbewusstsein junger Menschen, insbesondere durch öffentliche Auftritte, Führungsrollen und die Erfahrung von Anerkennung. Sie festigt die politische Haltung, indem sie Wissen über demokratische Verfahren, Auseinandersetzungen mit politischen Positionen und den Umgang mit Verwaltung vermittelt. Schließlich fördert sie das langfristige Interesse an gesellschaftlicher Teilhabe, wobei die Qualität der Mitbestimmungserfahrungen entscheidend ist: Substanzielle Beteiligung – etwa die Beteiligung in Ausschüssen mit Rede- und Antragsrechten – wirkt nachhaltiger als symbolische Formen der Partizipation. Jugendparlamente sind somit keine bloßen Gremien, sondern pädagogisch bedeutsame Räume für Ermächtigung und politisches Lernen.

Für die Praxis ergeben sich daraus mehrere Implikationen: Jugendparlamente erweisen sich als wirksame Orte politischer Bildung und sollten institutionell gestärkt werden. Notwendig sind verbindliche Rechte (Rede- und Antragsrecht), die Festschreibung in Satzungen der Kommune, ausreichende Ressourcen (Sitzungsgelder, hauptamtliche Begleitung) sowie gesellschaftliche Anerkennung. Darüber hinaus sollten Jugendparlamente in die politischen Strukturen, Gesetzgebungsprozesse und Haushaltsdebatten auf Landes- und Bundesebene systematisch eingebunden werden, um flächendeckend verbindliche

Rahmenbedingungen für ihren Aufbau zu schaffen. Dies würde beispielsweise dazu führen, dass im Kinder- und Jugendrat NRW alle Kommunen vertreten sind und die Arbeit der Jugendlichen auf vergleichbaren strukturellen Grundlagen basiert. Dies ist ein Aspekt, der derzeit noch sehr unterschiedlich ausgestaltet ist. Zudem sollte das Studium der Sozialen Arbeit den Bereich der politischen Bildung stärker verankern und praxisnahe Beispiele wie Jugendparlamente als zentrale Formen demokratischer Jugendpartizipation gezielt einbeziehen. Der Umfang, in dem diese Themen im Studium behandelt werden, variiert bislang ja nach Hochschule und Modulwahl erheblich, sodass hier ein stärkerer curricularer Fokus erforderlich erscheint. Die Soziale Arbeit sollte Jugendparlamente gezielt als Sozialisationsräume begreifen und Jugendliche durch Empowerment-Ansätze in ihrem Engagement unterstützen.

Mit Blick auf die Forschung bleibt festzuhalten, dass die langfristigen Effekte von Jugendparlamenten bislang nicht systematisch untersucht sind. Die Interviews deuten auf nachhaltige Prägungen hin – etwa bei Studien- und Berufswahl oder beim späteren politischen Engagement –, doch fehlen Längsschnittstudien, die diese Effekte über 10–20 Jahre hinweg belegen. Einzelne Biografien illustrieren jedoch bereits eindrücklich das Potenzial: So war der 2025 zum Oberbürgermeister gewählte Daniel Flemm von 2005 bis 2007 Mitglied des Solinger Jugendstadtrats und ist seitdem kommunalpolitisch aktiv. Solche Verläufe verdeutlichen, dass Jugendparlamente nicht nur kurzfristige Beteiligungsräume darstellen, sondern langfristig auch politische Karrieren vorbereiten können. Darüber hinaus bleibt ein Vergleich zwischen Kommunen aufschlussreich: Je nach institutioneller Verankerung und Ressourcenausstattung unterscheiden sich Reichweite und Wirksamkeit der Jugendparlamente erheblich. Eine bundesweite Verpflichtung zur Einrichtung und strukturellen Absicherung von Jugendparlamenten existiert bislang nicht, was die Nachhaltigkeit vieler Gremien einschränkt. Zukünftige Forschung sollte zudem stärker fragen, welche Jugendlichen erreicht werden – und welche nicht, um Exklusionsmechanismen entgegenzuwirken und Teilhabe möglichst inklusiv zu gestalten.

Abschließend lässt sich sagen: Der Solinger Jugendstadtrat zeigt beispielhaft, dass Jugendparlamente dort nachhaltig wirken, wo sie Empowerment ermöglichen, Selbstwirksamkeitserfahrungen eröffnen und institutionell verankert sind. Sie bereichern nicht nur die Demokratie vor Ort, sondern prägen auch die politische Biografie der Jugendlichen, die sich in ihnen engagieren. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass Jugendparlamente einen bedeutsamen Beitrag zur politischen Bildung leisten können, sofern entsprechende strukturelle und institutionelle Voraussetzungen geschaffen werden. Die Soziale Arbeit sollte künftig stärker als Akteurin politischer Bildung auftreten und dabei das Aufgabenfeld der fachlichen

Begleitung von Jugendparlamenten enger mitdenken, um Jugendliche in ihrem demokratischen Engagement nachhaltig zu unterstützen.

Literaturverzeichnis

- Behrens, B. (2018): Jugendparlamente zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, 13(1), S. 35–49.
- Bourdieu, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, R. (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Göttingen: Schwartz.
- Bruner, C. F./Winklhofer, U./Zinser, C. (1999): Beteiligung von Jugendlichen in der Kommune. Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung. Hrsg. vom BMFSFJ. Berlin.
- Buerstedde, Alexander (2019): Aufbruch aus der Retorte?: Der bundesrepublikanische Jugendparlamentarismus der „langen“ 1960er Jahre zwischen Reform und Revolte. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2025): Nationaler Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung – Abschlussdokumentation. Online verfügbar unter: https://jugendstrategie.de/wp-content/uploads/2025/05/250430-SSPI-AB-NAP_v12_BF.pdf [zuletzt geöffnet am 09.06.2025].
- Dachverband Schweizer Jugendparlamente (2024): Engagement junger Menschen in der Schweiz – Ergebnisse einer Längsschnittstudie. Bern.
- Dachverband Schweizer Jugendparlamente (2024): Jupa-Studie Schweiz. Bern.
- Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (2025): Jugendliche und Demokratie – Einstellungen, Erfahrungen, Perspektiven. Berlin.
- Deutscher Bundestag (2023): Zivilgesellschaftliches Engagement von Jugendlichen – Studie im Auftrag des BMFSFJ. Berlin.
- Deutsches Kinderhilfswerk (2018): Qualitätsmerkmale für starke Kinder- und Jugendparlamente. Berlin.
- Deutsches Kinderhilfswerk (2021): Starke Kinder- und Jugendparlamente. Berlin.
- Deutscher Bundesjugendring (o.J.): Jugendparlamente als ein Format der kommunalen Jugendbeteiligung. Online verfügbar unter: <https://www.dbjr.de/artikel/jugendparlamente-als-ein-format-der-kommunalen-jugendbeteiligung> [Zugriff: 24.07.2025].
- Dollinger, Bernd (2020): Sozialisation. In: Otto, Hans-Uwe; Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit / Sozialpädagogik, 6. Aufl., München: Juventa, S. 776–781.
- Eisenreich, Clara (2024): Wie „Between the Lines“ mit einer App Suizide von Jugendlichen vermeiden will. In: Zeitungsverlag Waiblingen, Stuttgart & Region vom 12.12.2024. Online verfügbar unter: <https://www.zvw.de/stuttgart-region/wie->

between-the-lines-mit-einer-app-suicide-von-jugendlichen-vermeiden-will_arid-897647 [zuletzt abgerufen am 06.10.2025].

Gerstner, Beatrix (2007): Politische Bildung in der Kinder- und Jugendhilfe – Widersprüche und Herausforderungen. In: Decker, Frank; Neugebauer, Gero; Schüttemeyer, Suzanne S. (Hrsg.): Politische Bildung in der Demokratie, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 195–210.

Hart, R. (1992): Children's Participation: From Tokenism to Citizenship. UNICEF. Online verfügbar unter: <https://participationpool.eu/wp-content/uploads/2020/05/Hart-R.-1992-Children-Participation-from-Tokenism-to-Citizenship.pdf>. [zuletzt geöffnet am 06.10.2025].

Herrmann, Michael C. (1996): Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg. Eine interdisziplinäre Evaluation. Pfaffenweiler: Centaurus.

Hurrelmann, K./Quenzel, G. (2016): Lebensphase Jugend. 12. Aufl. Weinheim: Beltz.

Janmaat, J. G./Hoskins, B. (2021): The Changing Impact of Family Background on Political Engagement During Adolescence and Early Adulthood. In: Social Forces, 101(1), S. 227–251.

Jugendstadtrat Solingen (o. D.). Online verfügbar unter: www.jugendstadtrat.de [zuletzt abgerufen am 6.10.2025].

Keupp, H. et al. (2006): Identitätskonstruktionen. Reinbek: Rowohlt.

Klingenstein Solingen (2017): Satzung des Jugendstadtrates der Stadt Solingen vom 27.12.2016. In: Amtsblatt DIE STADT, Nr. 05, vom 02. Februar 2017.

Klingenstein Solingen (2017): Wahlordnung für die Wahl zum Jugendstadtrat der Stadt Solingen vom 27.12.16. In: Amtsblatt DIE STADT, Nr. 05, vom 02. Februar 2017.

Klingenstein Solingen (2022): Hauptsatzung der Klingenstein Solingen vom 29.06.2022. In: Amtsblatt DIE STADT, Nr. 28, vom 14.07.2022.

Klingenstein Solingen (2025, 17. Juni): Beschluss aus der 16. Sitzung des Jugendstadtrates am Montag, 16.06.2025. Online verfügbar unter: <https://ratsportal.solingen.de> [zuletzt geöffnet am 06.08.2025].

Klingenstein Solingen (2025): Sitzungspaket zur 17. Sitzung des Jugendstadtrates am 07.07.2025. Online verfügbar unter: <https://ratsportal.solingen.de/tops> [zuletzt geöffnet am 06.08.2025].

- Krämer, A.M./Thimmel, A. (2024): Kritische politische Jugendbildung. In: Handbuch kritische politische Bildung. Frankfurt: Wochenschau Verlag, S. 359–367.
- Kuckartz, Udo (2018): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 4., durchgesehene Auflage. Weinheim: Beltz Juventa.
- Lamnek, Siegfried/Krell, Claudia (2016): Qualitative Sozialforschung: Methoden und Techniken. 6., vollständig überarbeitete Auflage. Weinheim: Beltz Juventa.
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2019): Handreichung Jugendbeteiligung in der Kommune. Stuttgart.
- Lindner, Rolf (2008): Sozialisation. In: Schäfers, Bernhard (Hrsg.): Grundbegriffe der Soziologie, 8. Aufl., Opladen: Leske + Budrich, S. 276–278.
- Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken. 12., überarbeitete Auflage. Weinheim: Beltz.
- Merkel, W. (2015): Demokratie und Partizipation. Wiesbaden: Springer VS.
- Nanz, P./Fritsche, M. (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Nover, Gunda (2015): Politische Bildung – Zur pädagogischen Gestaltung von Politik. In: Schmidt, Irmtraud (Hrsg.): Grundlagen der politischen Bildung, Wiesbaden: Springer VS, S. 17–34.
- Oelkers, J. (2010): Politische Bildung und Biografie. Wiesbaden: VS Verlag.
- Porsche Newsroom (2024): Ferry Porsche Stiftung fördert „Between the Lines“. Online verfügbar unter: <https://newsroom.porsche.com> [zuletzt abgerufen am 06.08.2025].
- Richter, D. (2015): Partizipation und politische Bildung. Beltz Juventa.
- Röhner, C. (2020): Jugendbeteiligung in der Kommune. Weinheim: Beltz Juventa.
- Roth, R./Wenzl, C. (2019): Vielfalt stärken: Kinder- und Jugendparlamente im Vergleich. Berlin: Deutsches Kinderhilfswerk.
- Saward, Michael (2010): The Representative Claim. Oxford: Oxford University Press.
- Schäfer, A. (2017): Partizipation im Wandel. Frankfurt: Campus.
- Stadt Solingen (Hrsg.) (2007): Jugendstadtrat Solingen – Jugendliche packen mit an! 10 Jahre eine Erfolgsstory. Solingen.

- Stange, W., Roth, R., & Jugendbeirat. (n.d.). Starke Kinder- und Jugendparlamente. Online verfügbar unter: https://www.das-zukunftspaket.de/w/files/veranstaltungen/wgrk-7/ppp_stakijupa_2023_zukunftspaket_19062023.pdf [zuletzt abgerufen am 06.10.2025]
- Sturzenhecker, B. (2010): Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommune. Weinheim: Beltz Juventa.
- Sturzenhecker, B. (2020): Demokratiebildung in der Kinder- und Jugendarbeit. In: Bollweg, P./Buchna, J./Coelen, T./Otto, H. (Hrsg.): Handbuch Ganztagsbildung. 2. Auflage, Wiesbaden: Springer VS, S. 1261–1272.
- Sturzenhecker, B. (2025): Politische Bildung als sozialpädagogische Demokratiebildung. In: Politische Bildung in der Sozialen Arbeit. Frankfurt: Wochenschau Verlag, S. 103–119.
- Waldmann, S. (2025). *Transkript S1*.
- Waldmann, S. (2025). *Transkript S2*.
- Waldmann, S. (2025). *Transkript S3*.
- Waldmann, S. (2025). *Transkript S4*.
- Zimmer, Nils (2022): Kinder- und Jugendpartizipation aus der Sicht von Bildungsakteur*innen. In: DDS – Die Deutsche Schule, 114(1), S. 79–96.

Anhang

Anhang 1: Interview-Transkripte

Anhang 1.1: Waldmann, S. (2025). *Transkript S1*.

Anhang 1.2: Waldmann, S. (2025). *Transkript S2*.

Anhang 1.3: Waldmann, S. (2025). *Transkript S3*.

Anhang 1.4: Waldmann, S. (2025). *Transkript S4*.

Anhang 2: Vorbereitung und Auswertung der Interviews

Anhang 2.1: Interviewleitfaden

Anhang 2.2: Auswertungsmatrix (qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring)

Anhang 2.3: Einverständniserklärung zur Teilnahme an einem wissenschaftlichen Interview

Erklärung

Ich versichere, die von mir vorgelegte Arbeit selbstständig verfasst zu haben. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten oder nicht veröffentlichten Arbeiten anderer oder der Verfasserin/des Verfassers selbst entnommen sind, habe ich als entnommen kenntlich gemacht. Sämtliche Quellen und Hilfsmittel, die ich für die Arbeit benutzt habe, sind angegeben. Die Arbeit hat mit gleichem Inhalt bzw. in wesentlichen Teilen noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegen.

Ort, Datum

Unterschrift